Richard Hilmer und Rita Müller-Hilmer:

Die Bundestagswahl vom 18. September 2005: Votum für Wechsel in Kontinuität

Erschienen in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, Nr. 1/ 2006, S. 183-218.

Bei der Bundestagswahl 2005 wurde die für alle Wahlen geltende Grundregel, wonach eine neue Regierung nicht gewählt, sondern die amtierende Regierung bestätigt oder abgewählt wird, auf paradoxe Weise wahr: Rot-Grün wurde eindeutig abgewählt, ohne dass eine neue Regierung gewählt worden wäre. Keine der beiden Konstellationen, die um eine Mehrheit stritten – SPD und Grüne sowie CDU/CSU und FDP – erreichte die Mehrheit der Sitze im Parlament. Die Bundestagswahl 2005 wartete mit einer Reihe weiterer Überraschungen und Besonderheiten auf:

(1) Die Volatilität erreichte eine neue Dimension: Niemals machten weniger Wahlberechtigte bei einer Bundestagswahl von ihrem Wahlrecht Gebrauch (77,7 Prozent), noch nie nutzten die Wähler so häufig die Möglichkeit des Stimmensplittings (24,4 Prozent der Urnenwähler[1]), nie war der Anteil der Spät-Entscheider größer als bei dieser Wahl (29 Prozent), und der Anteil der Parteiwechsler lag höher als zuvor (28 Prozent).

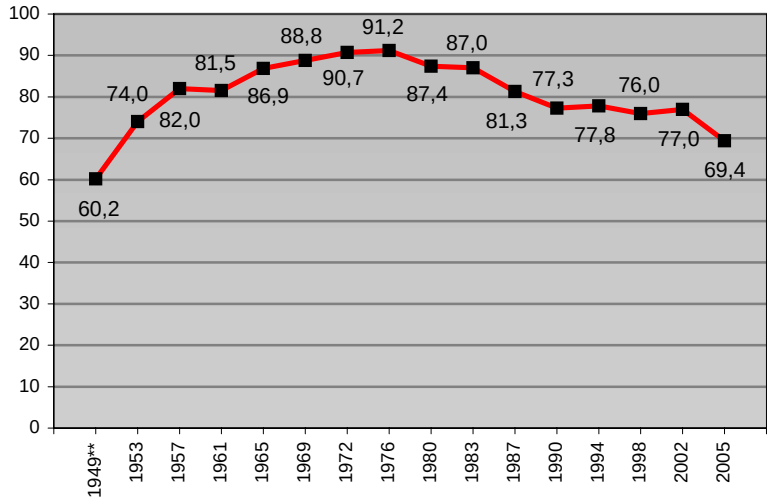
(2) All diese Entwicklungen gingen zu Lasten der beiden Volksparteien. Nicht nur die regierende SPD, auch die Unionsparteien verloren deutlich. Mit einem gemeinsamen Anteil von 69,4 Prozent der abgegebenen Zweitstimmen fielen die beiden Volksparteien erstmals nach 1949 unter die 70-Prozent-Marke (vgl. Abbildung 1), bezogen auf die Wahlberechtigten kamen sie nur noch auf 53,2 Prozent.

(3) Noch nie nach 1949 war eine stärkste Partei so schwach wie diesmal die Union, die es nur auf 35,2 Prozent der Zweitstimmen brachte. Die CDU alleine fuhr mit 27,8 Prozent sogar ihr schlechtestes Ergebnis seit 1949 ein. Erstmals reichte es – nicht zuletzt deshalb – bei einer Bundestagswahl für keines der beiden Lager zu einer Regierungsmehrheit.

So überraschend das Wahlergebnis im Einzelnen gewesen sein mag, schreibt es Entwicklungen fort, die sich seit Jahren abzeichneten:

[1] Quelle: Wahltagsbefragung von Infratest dimap, dokumentiert im „Wahlreport“ zur Bundestagswahl 2005; die auch für die Briefwähler aufgeschlüsselten Zahlen der amtlichen Wahlstatistik lagen zum Zeitpunkt der Erstellung des Beitrags nicht vor.

Abbildung 1: Bundestagswahlen seit 1949
*Gemeinsamer Stimmenanteil von CDU/CSU und SPD**



*Zweitstimmenanteile (ab 1953) in Prozent
**keine bundesweite 5-Prozent-Hürde
Quelle: Bundeswahlleiter

(1) „Die Erosion des Vertrauens“[2] in die Volksparteien setzte bereits Ende der 70er Jahre ein, als beide Parteien zusammen noch über 90 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinten. SPD und CDU/CSU verloren danach kontinuierlich an Bedeutung. Die Bundestagswahl 2005 stellt den – vorläufigen? – Höhepunkt dieser Entwicklung dar.

(2) Der Bedeutungsverlust der Volksparteien geht einher mit einem Zuwachs an politischen Wettbewerbern. Ende der 1970er Jahre differenzierte sich mit dem Aufkommen der Grünen als politischer Ausdruck der ökologischen Protestbewegung ein Vier-Parteiensystem heraus, mit der deutschen Einheit kam die PDS hinzu. Nach dem Zusammenschluss von PDS und WASG dürfte sich auf Bundesebene ein Fünf-Parteiensystem vorerst etabliert haben.

(3) Der Zuwachs an Parteien im Parlament erschwert zwangsläufig die Bildung von klassischen Koalitionen (bestehend aus einer Volkspartei und einer kleineren Partei) und führt tendenziell zu komplizierteren Mehrheitsverhältnissen – die Landtagswahlen in Schleswig-Holstein[3] und vor allem in Sachsen[4] haben dies verdeutlicht. Bereits bei der Bundestagswahl 1998 rechneten viele mit einer Großen Koalition, und 2002 wurde eine rot-grüne Mehrheit nur deshalb möglich, weil die PDS ein drittes Direktmandat knapp verfehlte.

(4) Schon bei den vorangegangenen Bundestagswahlen nahmen das Stimmensplitting und damit die Tendenz zum strategischen Wählen stark zu. Dies stellt nicht zuletzt auch die Umfrageinstitute vor neue Herausforderungen, da sich dieser Trend meist erst sehr kurzfristig vor dem Wahltermin abzeichnet.

[2] *Daniel Deckers*, in: Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 20. September 2005.
[3] Vgl. dazu den Beitrag von *Thomas Saretzki* und *Ralf Tils* in diesem Heft der ZParl.
[4] Vgl. *Eckhard Jesse*, Die sächsische Landtagswahl vom 19. September 2004: Debakel für CDU und SPD gleichermaßen, in: ZParl, 36. Jg. (2005), H. 1, S. 80 – 100.

Diese Wahl stellte schließlich auch das Verfassungs- und Wahlrecht und die bislang geltenden parlamentarischen Regeln vor neue Belastungsproben:

(1) Selten war so unklar, ob eine Wahl überhaupt stattfinden würde. Deutlicher als bei den vorangegangenen vorgezogenen Neuwahlen 1972 und 1983 erwiesen sich die vom Grundgesetz vorgesehenen Möglichkeiten zur vorzeitigen Auflösung des Parlaments als problematisch.

(2) Wie schon 1994 hätten Überhangmandate fast zu einem „Kippen“ der Mehrheit nach Stimmenzahl geführt.

(3) Die wegen des Todes einer Direktkandidatin erforderlich gewordene Nachwahl in Dresden verdeutlichte das Problem einer Nachwahl bei vorher bekanntem Endergebnis.

(4) Das knappe und überraschende Wahlergebnis führte auch zu einer Infragestellung bis dato geltender parlamentarischer Regeln (Kanzler wird von der stärksten Kraft in einer Koalition gestellt; über die Besetzung der einer Fraktion zustehenden parlamentarischen Ämter entscheidet sie selbst).

(5) Erstmals wurde angesichts der komplizierten Mehrheitsverhältnisse ernsthaft über die Möglichkeit einer Minderheitsregierung auf Bundesebene diskutiert.

Auch die Regierung, die aus dem Wählervotum schließlich hervorging, hebt sich von den Vorgängerregierungen ab: Es ist die zweite Große Koalition in der Geschichte der Bundesrepublik; die Regierung wird erstmals von einer Frau angeführt, die – auch das ein Novum – aus den neuen Bundesländern kommt und zudem jünger ist als alle ihre männlichen Vorgänger.

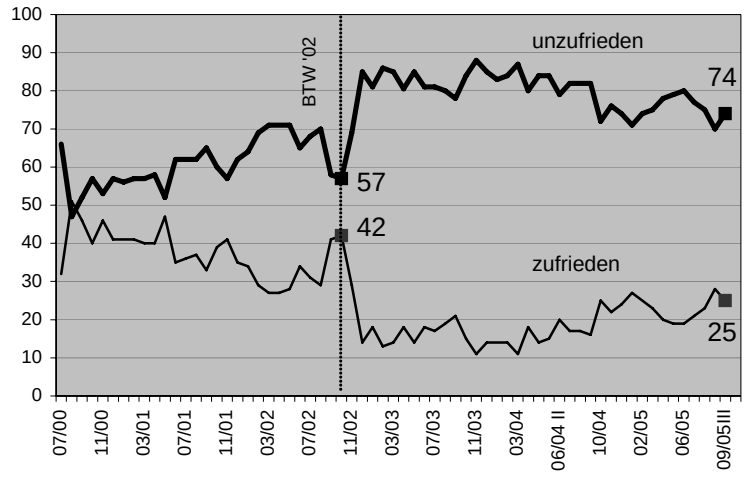
Für die Zukunft des Parteiensystems wirft die Bundestagswahl 2005 eine Reihe grundlegender Fragen auf. Auch die Wahlforschung und die Demoskopie werden noch eine Weile mit der Einordnung der Ergebnisse beschäftigt sein.

1. Rückblick auf die 15. Legislaturperiode

Die 15. Legislaturperiode, die zweite Amtszeit der rot-grünen Koalition, verbindet sich außenpolitisch vor allem mit dem Irakkrieg und seinen Folgen, innenpolitisch mit den Hartz-Konzepten und der Agenda 2010. In beiden Fällen hat die Bundesregierung Mut und Stehvermögen bewiesen, das Urteil der Bürger über die jeweiligen Lösungsansätze könnte jedoch unterschiedlicher kaum ausfallen. Bei der strikten Ablehnung einer Beteiligung am Irakkrieg konnte sich die Bundesregierung des Beifalls einer großen Mehrheit der Bevölkerung sicher sein. Ihre kritische Haltung gegenüber der Regierung und *George W. Bush* in dieser Frage fand weit über die eigenen Parteigrenzen hinaus Zustimmung und stärkte die außenpolitische Reputation von Kanzler *Gerhard Schröder* und Außenminister *Joschka Fischer*. Anders als bei der Bundestagswahl 2002 hatte die Irakpolitik aber zu keinem Zeitpunkt dieser Legislaturperiode mehr einen nennenswerten Einfluss auf die politische Grundstimmung in Deutschland. Die politische Agenda wurde von wirtschaftlichen Problemen und steigenden Arbeitslosenzahlen dominiert, und hier hatte die Regierung wenig Fortüne. Die von *Schröder* gegen zum Teil heftige Widerstände in der eigenen Partei eingeleitete Reformpolitik der „Agenda 2010“ brachte ihm zwar anfangs den Respekt von Wirtschaft und Wissenschaft ein, die Bevölkerung reagierte darauf aber irritiert (Ich-AG) beziehungsweise ablehnend (Praxisgebühr,

Ein-Euro-Job). Die Hartz-IV-Beschlüsse führten im Sommer 2004 sogar zu heftigsten Protesten und Großdemonstrationen vor allem in den neuen Bundesländern und waren auch in der sozialdemokratischen Wählerklientel äußerst umstritten. Aber entgegen der landläufigen Meinung führte nicht erst die Agendapolitik zum Absturz der SPD in der Wählergunst.

Abbildung 2: Zufriedenheit mit der Bundesregierung



Angaben in Prozent
Quelle: ARD-DeutschlandTrend, Infratest dimap

Die Unzufriedenheit mit der Bundesregierung setzte vielmehr schon unmittelbar nach der Bundestagswahl 2002 ein (vgl. Abbildung 2), bei der Rot-Grün knapp bestätigt wurde, obwohl viele ihrer Wähler die rot-grüne Wirtschafts- und Haushaltspolitik sehr skeptisch beurteilten[5]. Diese Vorbehalte fanden neue Nahrung, als sich unmittelbar nach der Wahl herausstellte, dass die Haushaltslücke deutlich größer ausfallen würde, als von der Regierung vor der Wahl angegeben und Deutschland wie schon 1995/96 das Maastrichtkriterium von maximal drei Prozent Neuverschuldung nicht einhalten könnte. Die Opposition warf der Regierung Versagen in der Finanzpolitik und Wahlbetrug vor, was nicht ohne Wirkung blieb. Auch zahlreiche rot-grüne Wähler fühlten sich getäuscht; das kurz vor der Wahl wieder gewonnene Vertrauen in die Regierung erodierte dramatisch. Hinzu kam, dass die Koalitionsverhandlungen 2002 als konzeptionslos und das Regierungshandeln als sprunghaft empfunden wurden – eine Charakterisierung, die sich durch die gesamte zweite Amtsperiode von Rot-Grün zog. Zu spüren bekam die wachsende Unzufriedenheit einzig die SPD, die in der Wählergunst innerhalb weniger Wochen von 38,5 Prozent bei der Bundestagswahl Ende September auf 28 Prozent Anfang Dezember 2002 regelrecht abstürzte. Adressaten des Unmuts waren vor allem Bundeskanzler *Gerhard Schröder* und sein Finanzminister *Hans Eichel*, die noch im Herbst wesentliche Garanten des Wahlerfolges gewesen waren, deren Sympathiewerte sich aber innerhalb von nur zwei Monaten jeweils halbierten. Das gleich zu Beginn der neuen Amtsperiode verloren gegangene Vertrauen konnten die SPD und *Schröder* nie mehr ganz zurückgewinnen. Erfolge (zum Beispiel in der Irakpolitik) wurden immer wieder durch Misserfolge (zum Beispiel Probleme bei der Mauteinführung) konterkariert. Vor allem aber wollte sich die wiederholt angekündigte wirtschaftliche Belebung und die von *Peter Hartz* im Wahl-

[5] Vgl. hierzu *Richard Hilmer*, Bundestagswahl 2002: Eine zweite Chance für Rot-Grün“, in: ZParl, 34.Jg. (2003), H. 1, S. 187 – 219.

kampf 2002 vollmundig prognostizierte Halbierung der Arbeitslosigkeit[6] nicht einstellen – letztere stieg trotz Reformbemühungen und radikaler Umgestaltung der Arbeitsvermittlung sogar noch weiter an. Das schnelle Aufeinanderfolgen der Reformansätze (Hartz I bis IV) ließ die Betroffenen weitere Einschnitte befürchten.

Die schlechte politische Stimmung im Bund bescherte der SPD bei allen Landtagswahlen 2003 bis 2005 und bei der Wahl zum Europäischen Parlament 2004 zum Teil hohe Niederlagen. Eingeleitet wurde diese Serie mit der Landtagswahl in Niedersachsen im Frühjahr 2003, wo der Verlust der absoluten Mehrheit der SPD auch eine entscheidende Machtverschiebung im Bundesrat zu Gunsten von CDU und FDP zur Folge hatte. Dies schränkte die Handlungsmöglichkeit der rot-grünen Koalition in zentralen Politikfeldern schon zu Beginn ihrer zweiten Amtszeit drastisch ein; mehr denn je war sie bei wichtigen Reformvorhaben auf die Unterstützung der Oppositionsparteien angewiesen. So erforderten die Gesundheitsreform Anfang 2004, die Hartz-Gesetze Mitte 2004 und die Anfang 2005 im Rahmen des Job-Gipfels beschlossenen Maßnahmen zur Reform der Unternehmensbesteuerung jeweils Kompromisslösungen mit der Opposition. Die „Kröten“, die es dabei für die Regierung zu schlucken galt (zum Beispiel Absenkung des Spitzensteuersatzes auf 42 Prozent), beschleunigten die zentrifugalen Kräfte auf den linken Flügeln beider Regierungsparteien.

Die informelle Große Koalition war aber auch für die Union nicht ohne Risiken, wurde sie doch zunehmend vor allem in den neuen Bundesländern in Mitverantwortung für die ungeliebten Folgen der Reformpolitik genommen. Bei den Landtagswahlen 2004 in Thüringen, Sachsen und Brandenburg[7] erlitt die CDU deutliche Verluste, die zum Teil sogar die der SPD übertrafen. Zum schlechten Abschneiden der Christdemokraten trug auch bei, dass die auf dem Leipziger Parteitag im Dezember 2003 verabschiedeten Konzepte zur Steuer- und Gesundheitsreform nicht als sozial ausgewogen galten und deshalb mehrheitlich abgelehnt wurden. Verstärkt wurde dieser Eindruck noch dadurch, dass sich die CSU von den Reformkonzepten der Schwesterpartei deutlich vernehmbar distanzierte. Der nach den Herbstwahlen 2004 offen zwischen CDU und CSU ausgetragene Konflikt verstörte die Bürger nachhaltig, weshalb die Union auch erstmals in der Legislaturperiode unter die 40-Prozent-Marke in der Wählergunst rutschte.

Da gleichzeitig die rot-grüne Koalition um die Jahreswende 2004/2005 einige Erfolge zu verzeichnen hatte (die nach mehreren Anläufen gelungene Mauteinführung und erfolgreiches Krisenmanagement bei der Tsunami-Katastrophe), kam es in der Wählergunst kurzzeitig sogar zu einer Pattsituation zwischen Rot-Grün und Schwarz-Gelb. Dass ungeachtet der fortbestehenden großen Unzufriedenheit mit der Regierung ein derartiger Stimmungsumschwung möglich wurde, kann als Beleg für die ausgeprägte Ambivalenz der politischen Grundstimmung gelten. Dies weckte bei den beiden Regierungsparteien neue Hoffnungen im Hinblick auf die anstehenden Wahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, wo sich die letzten verbliebenen rot-grünen Landesregierungen im Frühjahr dem Wählervotum stellen mussten.

Zwei Ereignisse machten diese rot-grünen Hoffnungen zunichte. Im Februar wiesen die ersten Arbeitsmarktdaten nach der Umsetzung der Hartz-IV-Beschlüsse erstmals über 5 Millionen Arbeitslose aus. Anstatt wie erhofft und versprochen zu sinken, war die Arbeitslosigkeit auf

---

[6] So *Peter Hartz* in einem Interview im Spiegel vom 24. Juni 2002 „Immerhin prognostizieren wir, dass wir mit unserem Konzept die Arbeitslosigkeit in den ersten drei Jahren auf zwei Millionen senken können.“

[7] Vgl. den Beitrag von *Karl Schmitt* in diesem Heft der ZParl sowie *Eckhard Jesse*, a.a.O., und *Oskar Niedermayer*, Die brandenburgische Landtagswahl vom 19. September 2004: Reaktionen der Wähler auf Hartz IV, in: ZParl, 36. Jg. (2005), H. 1, S. 64 – 80.

ein neues Rekordniveau gestiegen. In der öffentlichen Wahrnehmung spielte bei der Bewertung der Daten kaum eine Rolle, dass dieser Anstieg in erster Linie auf die Überführung von früheren Sozialhilfeempfängern in die Arbeitslosenstatistik zurückzuführen war. Die Stimmung kippte vollends, als am Wochenende vor der Wahl in Kiel Versäumnisse des Außenministers bei der Visa-Vergabe ruchbar wurden. Die „Visa-Affäre" nahm ihren Anfang und beschädigte den bis dahin scheinbar unerschütterlichen Ruf des grünen Vormannes *Joschka Fischer*. Die Affäre traf die Grünen dort, wo sie mit am empfindlichsten sind: in ihrer Glaubwürdigkeit im Kampf um Menschenrechte. Sie beendete jäh die Erfolgsserie des kleineren Regierungspartners - ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als die letzten beiden rot-grünen Regierungen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen zur Wahl standen. Erstmals konnten die Grünen deshalb nicht zur Kompensation der Verluste ihres Regierungspartners beitragen. Äußerst empört reagierte die für die SPD besonders wichtige Arbeitnehmerschaft, legten doch die ersten Berichte eine Begünstigung des Zuzugs illegaler Arbeitskräfte und damit eine leichtfertige Gefährdung vorhandener Arbeitsplätze nahe.

Rot-Grün verlor in beiden Landtagen die Regierungsmacht. Eine Zwei-Drittel Mehrheit im Bundesrat kam nur deshalb nicht zustande, weil CDU und FDP in Schleswig-Holstein eine Mehrheit knapp verfehlten.[8] Rechnerisch wäre die Duldung einer rot-grünen Regierung durch den Südschleswigschen Wählerverband möglich gewesen, Ministerpräsidentin *Heide Simonis* scheiterte aber in vier Wahlgängen an einem anonymen Opponenten aus den eigenen Reihen. Am Ende blieb als Ausweg nur ein Zusammengehen des Wahlsiegers CDU mit der SPD. Für die Sozialdemokraten war dies der Beginn eines Desasters, das mit dem Machtverlust in ihrem Stammland Nordrhein-Westfalen seinen Höhepunkt fand.[9] Dass dort die CDU erstmals in der Geschichte des Industrielandes bei den Arbeitern stärkste Partei wurde, hätte den innerparteilichen Druck auf die Bundesregierung, der die Hauptverantwortung für beide Niederlagen zugeschrieben wurde, noch erheblich verstärkt und die Fortsetzung der Reformpolitik zumindest erschwert. Für *Schröder* war ein Tiefpunkt erreicht, aus dem er offenbar nur noch einen Ausweg sah: vorgezogene Neuwahlen, die SPD-Chef *Franz Müntefering* dem völlig überraschten Fernsehpublikum schon kurz nach Schließung der Wahllokale am 22. Mai 2005 verkündete.

Nach der im Bundestag am 1. Juli „erfolgreich" gescheiterten Vertrauensfrage löste der Bundespräsident am 21. Juli den Bundestag auf und setzte für den 18. September die Neuwahl[10] an. Dies wurde am 25. August durch das Bundesverfassungsgericht bestätigt.[11]

2. Die Ausgangslage und der Wahlkampf der Parteien

2.1. SPD

Die vorzeitige Auflösung des Bundestages gab den Parteien insgesamt nur wenig Zeit zur Vorbereitung des Wahlkampfes. Unklar blieb – wie die Motive für diesen überraschenden Schritt insgesamt –, ob es zum Kalkül von *Schröder* und *Müntefering* gehörte, zwei wichtige politische Wettbewerber „kalt zu erwischen". Die Union hatte die Kür ihrer Kanzlerkandidatin ursprünglich erst auf den Herbst 2005 festgelegt, und die Annäherungsversuche zwischen PDS und WASG befanden sich noch im Anfangsstadium. Sollte es Berechnung gewesen sein,

[8] Vgl. dazu den Beitrag von *Thomas Saretzki* und *Ralf Tils* in diesem Heft der ZParl.
[9] Vgl. dazu den Beitrag von *Ursula Feist* und *Hans-Jürgen Hoffmann* in diesem Heft der ZParl.
[10] Vgl. dazu die Chronik der Vertrauensfrage von *Michael F. Feldkamp* in diesem Heft der ZParl.
[11] Vgl. dazu die Beträge von *Karlheinz Niclauß* und *Florian Edinger* in diesem Heft der ZParl.

wäre beides nicht aufgegangen, denn die Kontrahenten fühlten sich eher angespornt, offene Fragen kurzfristig zu lösen. Aus SPD-Kreisen wurde vereinzelt Kritik an der Entscheidung laut („Flucht in Neuwahlen“, „politischer Selbstmord“), und auch die wissenschaftlichen Experten bewerteten diesen Schritt eher als „Verzweiflungstat“[12] denn als Befreiungsschlag, da die Voraussetzungen für den SPD-Wahlkampf alles andere als günstig erschienen. Die wirtschaftliche Stimmung war ausgesprochen schlecht, Aussicht auf rasche Verbesserung gab es nicht. Positive Effekte der Hartz-Gesetze auf den Arbeitsmarkt waren frühestens Ende des Jahres oder erst 2006 zu erwarten. Im nächsten Jahr hätte auch die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland zu einer Schubumkehr der notorisch schlechten Stimmung im Land beigetragen. Und wie wollte man, so die Sorge einiger erprobter Wahlkämpfer der SPD, die Parteimitglieder mobilisieren, die gerade einige schmerzliche Wahlniederlagen hinter sich hatten – in Nordrhein-Westfalen sogar drei innerhalb von zwölf Monaten.

Eine Mobilisierung war allerdings bis Ende Juli weder notwendig noch möglich, da erst der Ausgang der Vertrauensfrage abgewartet werden musste. Dort entzog – gemäß Absprache und Vorgabe in der Fraktion - ein großer Teil der SPD-Abgeordneten ihrer Regierung das Vertrauen, um danach für die Fortsetzung eben dieser Regierung zu kämpfen. Angesichts dieser extrem ungünstigen Ausgangsbedingungen – die Partei lag zu diesem Zeitpunkt in den Umfragen stabil bei 27 Prozent – war klar, dass wie schon 2002 nur ein beherzter Wahlkampf das Blatt noch wenden und die SPD zumindest wieder deutlich über die 30-Prozent-Marke hieven könnte.

Die SPD kämpfte vor allem um die nachträgliche Legitimierung der rot-grünen Reformpolitik; dafür und für eine Wiederwahl warb *Gerhard Schröder* mit einer völlig unveränderten Kabinettsmannschaft. Ursprünglich also als „Plebiszit über die Agenda 2010“ geplant, mutierte der Wahlkampf der SPD eher zu dem einer Oppositionspartei. Dies entsprach auch der verbreiteten öffentlichen Wahrnehmung, dass das Misstrauensvotum der Beginn der Niederlage von Rot-Grün sei. Zwei Drittel der Bevölkerung und auch ein Großteil der Medien waren zu diesem Zeitpunkt davon überzeugt, dass Union und FDP die Wahl gewinnen würden. Was *Schröder* anbetraf, waren sich viele Bürger bis zum Sommer unsicher, ob er nur einen ehrenvollen Abgang suchte oder es wirklich noch einmal wissen wollte. Als er dies mit seiner Rede vor der Vertrauensabstimmung im Bundestag deutlich machte, war die Regierung längst in die Defensive geraten. Die SPD konzentrierte sich im Wahlkampf auf Angriffe gegen das Wahlprogramm der Union, insbesondere gegen die angekündigte Mehrwertsteuererhöhung („*Merkel*-Steuer“). Mit plakativen Warnungen vor den politischen Konsequenzen einer schwarz-gelben Mehrheit („Für Die Bürgerversicherung. Gegen die Kopfpauschale“, „Für den Kündigungsschutz. Gegen die Willkür“, „Für den Frieden. Gegen blinde Gefolgschaft“) konnte sie zumindest ihre Wahlkämpfer an der Basis mobilisieren. In der Schlussphase brachten die Sozialdemokraten ihren Trumpf, den Bundeskanzler, als Macher und Staatsmann konsequent in Stellung („Kraftvoll. Mutig. Menschlich“)[13], was sich in langsam steigenden Umfragewerten niederschlug. Mit einer fulminanten Rede auf dem Wahlparteitag der SPD am 31. August 2005 – die als *Schröders* „sozialdemokratischste Rede seines Lebens“ bezeichnet wurde[14] – gelang es ihm, neue Zuversicht zu verbreiten und die zuvor recht lückenhaft gewordenen Reihen der Sozialdemokraten wieder fest zu schließen.

Eine ausschließlich auf Personen fixierte Strategie nach dem Motto „Ich oder sie“ hätte aber schwerlich ausgereicht, um mit der Union noch fast gleichzuziehen. Gerade schwankende

[12] So die Bewertung von *Oskar Niedermayer* in Politik&Kommunikation, Spezial 01, Juni 2005.
[13] Für die SPD-Kampagne erhielt deren Manager *Kajo Wasserhövel* die Auszeichnung „Kampagnenmanager des Jahres“, die die Fachzeitschrift „Politik&Kommunikation“ verleiht.
[14] Der Spiegel vom 5. September 2005.

Wähler, die es im Falle der SPD in größere Zahl gab als in anderen Parteien, wären ohne zusätzliche Begründung kaum zu gewinnen gewesen. Argumentationshilfe kam unverhofft von der Gegenseite in Gestalt des designierten Finanzministers *Paul Kirchhof*. Erst mit der von dem ehemaligen Bundesverfassungsrichter entfachten steuerpolitischen Debatte kristallisierte sich eine für viele Wähler nachvollziehbare Richtungsentscheidung heraus, die bis dahin eher rhetorische Wahlkampffloskel gewesen war. Inhaltlich ging es entscheidend um die künftige Organisation und die gerechte Ausgestaltung des Steuersystems, im Weiteren aber auch um die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. In dieser Debatte waren kommunikativ nicht „technokratische Versatzstücke" gefragt sondern Angebote, die „als moralische Orientierung mit einer wärmenden Leitidee daherkommen"[15]. Die sozialdemokratischen Wahlkämpfer, allen voran der Bundeskanzler, verstanden es sehr geschickt, die Unschärfen im Konzept *Kirchhofs* zur Schärfung des sozialen Profils der SPD zu nutzen, der „Professor aus Heidelberg" wurde zum Synonym für soziale Kälte. Entscheidend war aber wohl, dass in der Schlussphase des Wahlkampfs mit der Debatte um ein gerechtes Steuersystem eine emotional untersetzte Wertedebatte über soziale Gerechtigkeit und Solidarität einherging, die die SPD-Anhängerschaft mobilisierte und Teile der Unionsklientel verunsicherte[16].

2.2. CDU/CSU

Die Unionsparteien gingen nach der knapp verlorenen Bundestagswahl schnell daran, das Personaltableau für die 15. Legislaturperiode festzulegen. Die CDU klärte zunächst die offene Führungsfrage, indem sie die Parteivorsitzende *Angela Merkel* auch zur Fraktionsvorsitzenden bestimmte. Ihre gestärkte Machtposition innerhalb der Partei nutzte *Merkel* für eine programmatische Neuausrichtung der CDU. In einer von dem ehemaligen Bundespräsidenten *Roman Herzog* geleiteten und nach ihm benannten Kommission wurden detaillierte Pläne für eine weitgehende Neugestaltung des Gesundheitssystems erarbeitet, unter Führung des CDU-Finanzexperten *Friedrich Merz* eine umfassende Steuerreform konzipiert. Beides wurde im Herbst 2003 auf dem Leipziger Parteitag mit großer Mehrheit verabschiedet. Damit waren wichtige Grundlagen für eine mögliche Regierungsübernahme geschaffen. Durchsetzungskraft bewies *Merkel* auch bei der Wahl des Bundespräsidenten im Frühjahr 2004, bei der sie gegen Widerstände in der eigenen Partei ihren Kandidaten *Horst Köhler* durchsetzte.

Durch eine Reihe von Wahlerfolgen, die 2003 in Niedersachsen und 2005 in Schleswig-Holstein sowie in Nordrhein-Westfalen zum Machtwechsel führten, stärkte die Union ihre Macht im Bundesrat und im Vermittlungsausschuss. Zwischen Blockieren und Verhandlungsbereitschaft changierend setzte sie diese gestärkte Position strategisch in den Auseinandersetzungen mit der Bundesregierung ein. Schon bei der Verabschiedung der Gesundheitsreform, der Hartz-IV-Gesetze und zuletzt Anfang 2005 bei dem so genannten Job-Gipfel saß die Union faktisch mit am Regierungstisch. Einen Rückschlag für die CDU und für *Merkel* bedeuteten die Niederlagen bei den Landtagswahlen in den neuen Bundesländern und der mit der CSU in aller Öffentlichkeit ausgefochtene Streit um die Ausrichtung der Gesundheitsreform. Er endete mit einer verwirrenden Kompromissformel[17] und dem Rückzug des Sozialexperten *Horst Seehofer*, der in Sachen Prämienmodell als Gegenspieler von *Merkel* auftrat.

---

[15] *Karl-Rudolf Korte*, Der Gefühlswahlkampf, in: Politik&Kommunikation, Special 02, August 2005.

[16] Dies deckt sich auch mit einer von Infratest dimap im Auftrag von Burson-Marsteller durchgeführten Befragung von Kommunikationsexperten. Der Wahlkampf der Union galt zwar als der deutlich sachlichere, den SPD-Wahlkämpfern wurde aber bescheinigt, die in der Werbung unverzichtbare emotionale Seite weit besser zu vermitteln. Zudem wurde *Schröder* als der weitaus beste politische Kommunikator unter den Spitzenkandidaten eingestuft.

[17] In Erinnerung blieb davon nur deren Verballhornung durch Arbeitgeberpräsident *Dieter Hundt* als „gemischt-lohnabhängige-Arbeitnehmerbeitrags-Fondssteuerergänzungsfinanzierte-Teilpauschal-prämie".

Dies zusammen mit dem Rückzug von *Friedrich Merz* als Finanzexperte ließ die Kandidatendebatte, die Anfang 2004 schon so gut wie entschieden schien, wieder aufflammen. Einig war man sich in der CDU nur darüber, dass man der kleinen Schwesterpartei keinesfalls ein zweites Mal den Zugriff auf die Kanzlerkandidatur geben würde.

Nach Ankündigung vorgezogener Neuwahlen bewies *Angela Merkel* Machtwillen, Durchsetzungsvermögen und Führungsstärke. Sie wurde mit großer Mehrheit als Kanzlerkandidatin bestimmt. Angesichts der für die Union äußerst günstigen politischen Stimmung wirkte die Kandidatenkür fast schon wie eine vorweggenommene Kanzlerwahl. *Angela Merkel* wurde bisweilen schon als neue Regierungschefin begrüßt. Der Eindruck einer virtuellen Regentschaft der Union unter Führung der ersten Frau im Amt des Bundeskanzlers wurde dadurch begünstigt, dass die Regierungsparteien bis zur Vertrauensfrage medial kaum präsent waren. Im Wahlkampf verfolgte die CDU eine Doppelstrategie: Sie griff die rot-grüne Bundesregierung frontal wegen ihrer Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik an (CDU-Slogans: „Alle 15 Minuten eine Firmenpleite – Deutschland braucht den Wechsel", „1000 Arbeitsplätze weniger pro Tag" etc.); gleichzeitig wollte sie in einem „ehrlichen Wahlkampf" nicht verschweigen[18], dass nur harte Einschnitte im sozialen Bereich und eine Deregulierung des Arbeitsmarktes Deutschland wieder voran bringen könnten. Dies in vollem Bewusstsein, dass die meisten ihrer Vorschläge (Erhöhung der Mehrwertsteuer, Abschaffung der Pendlerpauschale und der Steuerbefreiung von Sonn- und Feiertagszuschlägen) beim Großteil der Wähler auf Ablehnung stießen. Die Mischung aus Angriff der amtierenden Regierung und konstruktiver Formulierung eigener Wahlziele wollte aber nicht so recht gelingen. Der Wahlkampf der CDU mutierte zunehmend zu einem „gouvernementalen Wahlkampf"[19]: Diskutiert wurde vor allem über die Ziele einer unionsgeführten Regierung, die Attacken gegen die rot-grüne Bundesregierung gerieten medial in den Hintergrund.

Als *Schröder* nach der Auflösung des Bundestages in den Wahlkampf einstieg, kam es zwangsläufig zu eine stärkeren Personalisierung der Debatte. Es ging weniger darum, welche Parteien die künftige Regierung stellen, sondern wer sie führen würde. Dabei schwang natürlich immer die Frage mit, ob und gegebenenfalls wie sich Geschlecht und Herkunft der Unionskandidatin auf die Wahlentscheidung auswirken würden. Auf das Aufkommen der Linkspartei und der damit einhergehenden Schwächung der CDU in den neuen Bundesländern reagierte die Union nicht – wie aus den eigenen Reihen teilweise gefordert – mit einer spezifisch ostdeutschen Wahlstrategie und einer stärkeren Betonung der ostdeutschen Herkunft der Spitzenkandidatin, sondern hielt an dem Konzept eines gesamtdeutschen Wahlkampfs fest. Diese Strategie hatte ihren Preis: Anders als bei *Stoiber* und *Schröder* gab es für *Angela Merkel* keinen Heimatbonus[20]. Wenig hilfreich für die Akzeptanz der CDU in Ostdeutschland waren die Attacken, die mitten im Wahlkampf Brandenburgs CDU-Chef *Jörg Schönbohm* gegen den Werteverfall zu DDR-Zeiten („Proletarisierung des Ostens") und *Edmund Stoiber* gegen „frustrierte Ostdeutsche" ritten. Ähnlich zurückhaltend wie mit ihrer Herkunft verhielt sich *Angela Merkel* auch gegenüber ihrer Rolle als Frau („Dass ich eine Frau bin, kann ich ja nun nicht verheimlichen"). Das Eintreten dafür, dass erstmals eine Frau in Deutschland das Kanzleramt übernehmen solle, überließ sie einer bunten Koalition von Frauen: von den „mächtigsten Frauen" in Deutschland, *Friede Springer* und *Liz Mohn*, bis hin zur bekanntesten Feministin *Alice Schwarzer*.

---

[18] Laut Spiegel vom 14. November 2005, S. 24, stand *Merkel* „für das radikalste Reformprogramm, mit dem eine Volkspartei je in die Schlacht gezogen ist."

[19] *Frank Brettschneider*, Bundestagswahlkampf und Medienberichterstattung, in: APuZ, B 51-52 (2005)

[20] 1998 legte die SPD in *Schröders* Heimatland 8,8 Prozentpunkte zu, *Stoiber* 2002 in Bayern sogar 10,9 Punkte. In Mecklenburg-Vorpommern, der Heimat von *Angela Merkel*, musste die CDU dagegen 2005 einen leichten Rückgang von 0,7 Punkten hinnehmen.

In der entscheidenden Schlussphase des Wahlkampfs schienen CDU und CSU zunächst wieder ein geschicktes Agendasetting zu betreiben. Sukzessive stellten sie ihr Kompetenzteam vor, eine Mischung aus bekannten und beliebten Landespolitikern (*Peter Müller*) und neuen Gesichtern (*Thomas de Maizière, Ursula von der Leyen*), die das amtierende Kabinett buchstäblich „alt" aussehen ließen. Den Höhepunkt bildete die Besetzung der wichtigen Positionen für Wirtschaft und Finanzen. Die Berufung des Siemens-Chefs *Heinrich von Pierer* ins Expertenteam hatte Signalcharakter (er hatte bis dahin pikanterweise als *Schröder*-Berater fungiert), die *Paul Kirchhofs* als designierten Finanzminister schien zunächst ein Glücksgriff zu sein. In der Presse wurde dessen Fachkompetenz gepriesen, und seine ersten Fernsehauftritte hinterließen eine positive Wirkung. Im direkten demoskopischen Vergleich ließ er den Amtsinhaber *Hans Eichel* weit hinter sich, in der wöchentlichen Umfrage von Infratest dimap verbesserte sich die Union nach der Nominierung erstmals seit langem wieder um einen Punkt. Erst allmählich setzte die Kritik an den steuerpolitischen Konzepten von *Kirchhof* ein, die auch und sehr prominent aus dem Unionslager kam. Es begann der oben schon erwähnte furiose Schlussakt, in dem *Kirchhof* immer stärker den Hauptpart übernahm; die Medien stürzten sich auf eine ominöse Streichliste von Steuervergünstigungen. Das Ganze endete in einer totalen Konfusion darüber, mit welchem steuerpolitischen Konzept die Union antreten wolle. In der ARD-Vorwahlerhebung gaben in der Woche vor der Wahl drei von vier Wahlberechtigten an, man wisse bei der Union in der Steuerpolitik nicht mehr, woran man sei. Die Diskussion wurde vom Wahlkampfteam der Union wohl zu stark laufen gelassen, die von *Kirchhof* vorgeschlagene, in der Bevölkerung heftig umstrittene „Flatrate" bei den Steuersätzen von der Kanzlerkandidatin als „Vision" positiv sanktioniert. Diese taktischen Fehler in der Causa *Kirchhof* legten einen strategischen Mangel bei der Union bloß, der sich bereits 2002 offenbart hatte[21]: Der Wahlkampf war insgesamt thematisch zu verengt, Themen wie soziale Balance, Umwelt- und Kulturpolitik kamen praktisch nicht vor. Im Kompetenzteam der Union waren diese Bereiche Leerstellen, der für eine Volkspartei wichtige Part eines Sozialexperten blieb nach dem Ausscheiden von *Horst Seehofer* aus der engeren Führungsmannschaft praktisch vakant[22].

2.3. Bündnis 90/Die Grünen

Nach der gewonnenen Bundestagswahl 2002 setzten die Grünen im Kabinett auf Kontinuität, in der Koalition übernahmen sie – nicht immer zur Freude des Koalitionspartners – die Rolle des „Reformmotors". Im Gegensatz zur SPD-Klientel waren die Anhänger der Grünen mit der Politik, den Kabinettsmitgliedern und mit dem gesamten Auftreten ihrer Partei auch in der zweiten rot-grünen Periode zufrieden. Das betraf die von den Grünen verantworteten Politikbereiche Umwelt- und Verbraucherschutz sowie die Außenpolitik ebenso wie die Leistungen der jeweiligen Amtsinhaber - Außenminister *Fischer* führte seit der Amtsübernahme die Liste der beliebtesten Parteipolitiker an. In den Landtagswahlkämpfen konnten sich die Grünen deshalb bis Ende 2004 auf bundespolitischen Rückenwind verlassen und erzielten regelmäßig Zugewinne vor allem von enttäuschten SPD-Wählern. Bei der Europawahl verdoppelten sie ihren Stimmenanteil, in Sachsen und im Saarland schafften sie den Einzug in die Landesparlamente, in Thüringen scheiterten sie nur knapp. In die Wahlkämpfe geführt wurde die Partei

[21] Vgl. hierzu *Richard Hilmer*, a. a. O., S. 196.

[22] In der unionsinternen Kritik des Wahlkampfs überwogen eher die taktischen Aspekte. Der Unions-Wahlkampf sei „zu kalt" gewesen, „Begeisterung lasse sich so nicht wecken" (Ministerpräsident *Günther Oettinger* in der FAZ vom 5. Dezember 2005). Zudem habe *Paul Kirchhof* „den Bogen der von den Bürgern ohnehin befürchteten Zumutungen überspannt" (Ministerpräsident *Roland Koch* in der FAZ vom 2. Dezember 2005). Angesprochen wurden aber mehrfach auch die strategischen Defizite, am deutlichsten von *Heiner Geißler*, der meinte, die Union habe „die Wahl verloren, weil sie mit einer beachtlichen inhaltlichen Schieflage, mit eklatanten Widersprüchen und ohne zukunftsweisendes Konzept in den Wahlkampf gegangen ist" (SZ vom 3. Dezember 2005).

von der alten und neuen Vorsitzenden *Claudia Roth* sowie von *Reinhard Bütikofer*, der *Fritz Kuhn* als Parteivorsitzender abgelöst hatte.

Die günstige Stimmung änderte sich schlagartig, als am Sonntag vor der Landtagswahl in Kiel der Spiegel die Praxis der Bundesregierung bei der Visa-Vergabe heftig angriff (Spiegeltitel: „Grünes Licht für Menschenhändler"). Außenamtsstaatsminister *Ludger Vollmer* und zunehmend auch Außenminister *Fischer* (Der Spiegel vom 5. Februar 2005: „Fischers Schleuser-Erlass") gerieten stark unter Druck. Ein von der Opposition beantragter Untersuchungsausschuss des Bundestages sollte Licht in die Affäre bringen und geriet bald zum medialen Spektakel: Erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik wurde ein Untersuchungsausschuss in Teilen live im Fernsehen übertragen, die als Zeugen geladenen *Vollmer*, *Fischer* und *Otto Schily* gaben in stundenlangen Stellungnahmen minutiös Auskunft über die Visa-Praxis der vergangenen Jahre. Aufgedeckt wurde eine teilweise recht lasche Handhabung der Visa-Vergabe, die allerdings bis in die Zeit der *Kohl*-Regierung reichte. Für die Versäumnisse während seiner Amtszeit übernahm *Fischer* die Verantwortung, sah darin – ebenso wie die Mehrheit der Bevölkerung - aber keinen Grund für den von der Opposition geforderten Rücktritt. Die Affäre blieb nicht ohne Auswirkungen für *Fischer*, seine bis dahin extrem hohen Umfragewerte sanken deutlich ab. Die Grünen verzeichneten erstmals seit der Bundestagswahl wieder Verluste, und zwar ausgerechnet bei den Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen, wo sich die beiden letzten verbliebenen rot-grünen Landesregierungen um eine Bestätigung bemühten.

Angesichts dieser ungünstigen Ausgangsposition waren die Grünen wenig angetan von der auch für sie völlig überraschenden Ankündigung von Neuwahlen, kurzzeitig wurde sogar über das Zurückziehen der grünen Minister aus dem Kabinett *Schröder* spekuliert. Zusätzliche Irritationen löste eine Interviewäußerung des Kanzlers aus, wonach die rot-grüne Koalition eher ein historisches Versehen denn ein politisches Projekt gewesen sei. Derlei Bewertungen und das Gefühl, ohne Not in die Vertrauensfrage getrieben worden zu sein, führten den Grünen noch einmal den Mangel an koalitionären Optionen vor Augen. Ihnen blieb gar nichts anderes übrig, als wieder für Rot-Grün in den Wahlkampf zu ziehen, auch wenn dies zumindest anfangs als reale Machtperspektive kaum glaubhaft gemacht werden konnte. Die Frage des Spitzenkandidaten war damit bereits entschieden, denn niemand konnte besser und erfolgreicher für Rot-Grün eintreten als *Joschka Fischer*. Mit Blick auf die Spitzenkandidatin der Union und die eigene, traditionell eher weibliche Wählerschaft wurde nur vereinzelt gefordert, *Fischer* eine Frau als Spitzenkandidatin an die Seite zu stellen. Dies wurde aber auch von der designierten Spitzenkandidatin *Renate Künast* abgelehnt.

Der Wahlkampf der Grünen beruhte auf zwei Säulen: einer thematischen mit stark sachorientierten Plakaten und Spots mit klassisch grünen Themen („Gemeinsam gegen Genfood", „Männerlohn für Frauenarbeit") und Anleihen beim Koalitionspartner in Form der auch für die grüne Klientel wichtigen Forderung nach sozialer Gerechtigkeit sowie einer personalen: dem Außenminister („Ja! zu Joschka"), der mit seinen Auftritten die Anhänger wieder begeisterte. Einen gemeinsamen Wahlkampfauftritt mit dem Bundeskanzler wie 2002 gab es diesmal allerdings nicht, es galt die vom Kanzler in einem Interview mit der ZEIT vom 24. Mai 2005 ausgegebene Maxime, dass jede Partei „für die eigene Stärke streitet".

2.4. FDP

Nach der Bundestagswahl 2002 war die FDP eine ganze Weile mit der Aufarbeitung des enttäuschenden Wahlergebnisses beschäftigt. Von dem „Projekt 18" blieb mit 7,4 Prozent der

Stimmen nicht einmal die Hälfte übrig. Die Hauptschuld dafür wurde *Jürgen Möllemann*, dem Vater des „Projekts 18“, zugewiesen, der 2002 „begann mit dem antisemitischen Tabu zu spielen“[23] und der kurz vor der Wahl noch einmal mit einem antiisraelischen Flugblatt für Aufregung gesorgt hatte. Auf Drängen der Partei gab *Möllemann* unmittelbar nach der Wahl das Amt des stellvertretenden Bundesvorsitzenden auf. Im Dezember wurde ein förmliches Ausschlussverfahren gegen ihn eingeleitet. Als *Möllemann* am 5. Juni 2003 tragisch ums Leben kam, hatte er alle seine Parteiämter bereits freiwillig abgegeben. Als Parteivorsitzender sah sich aber auch *Guido Westerwelle* mit deutlicher Kritik an der Wahlkampfführung konfrontiert. Der Vorwurf, die FDP sei zu einer „Spaßpartei“ mutiert, richtete sich vor allem gegen ihn. Die von ihm mitgetragene Politik der Äquidistanz zu beiden Volksparteien galt als gescheitert. Auf dem Parteitag im Mai 2003 wurde er nur mit knapp 80 Prozent wieder gewählt, seine Generalsekretärin *Cornelia Pieper* bekam mit einem Wahlergebnis von 61 Prozent einen noch deutlicheren Dämpfer. Fortan musste der Parteichef die Macht in der FDP mit Fraktionschef *Wolfgang Gerhardt* teilen.

Bei den Landtagswahlen machten sich diese Probleme kaum bemerkbar, die FDP setzte ihre seit dem Amtsantritt *Westerwelles* anhaltende Erfolgsserie fort. Dies verdankte die FDP nicht zuletzt einem klaren Bekenntnis zu einem Bündnis auf Bundesebene mit der Union, das auch in neuen schwarz-gelben Koalitionen 2003 in Niedersachsen und 2005 in Nordrhein-Westfalen seinen Niederschlag fand. *Westerwelle* suchte rasch ein enges und kooperatives Verhältnis zur CDU-Chefin *Merkel*, das in der Schwesterpartei der CDU nicht unbedingt auf ungeteilte Freude stieß[24]. Wozu beide im politischen Schulterschluss fähig waren, bewiesen *Westerwelle* und *Merkel* bei der Wahl von *Horst Köhler* zum Bundespräsidenten, den beide als „ihren“ Kandidaten ansahen und den sie auch gegen interne Widerstände durchsetzten. Damit festigten beide ihre innerparteilichen Positionen. Zur Arrondierung von *Westerwelles* Stellung trug schließlich auch die Wahl *Dirk Niebels* zum neuen Generalsekretär auf dem FDP-Bundesparteitag am 5. Mai 2005 bei.

Der Wahlkampf der Liberalen verlief unspektakulär. Er war bewusst auf Themen zugeschnitten, die die FDP als die entscheidende Reformkraft hervorheben sollten. „Mehr FDP“, so verlauteten die Plakate, bedeute „weniger Bürokratie“ und „weniger Steuern“ aber gleichzeitig „mehr Arbeitsplätze“, „mehr Bildung“ und „ mehr Mut“. Die unausweichlichen Folgen der Globalisierung müsse man mit mehr Reformbereitschaft angehen und auch als Chance begreifen. Von den Regierungsparteien trug dies den Liberalen die Klassifizierung „neoliberal“ sowie den Vorwurf ein, in der Sozial- und Steuerpolitik einen Systemwechsel anzustreben. Die Wirren beim Wunschpartner um die Steuerpolitik wurden zur Werbung für das eigene Modell genutzt. Es wurde bekräftigt, dass die FDP in eine Bundesregierung nur dann eintreten werde, “wenn eine echte Nettoentlastung der Bürger“ erfolge[25]. Mit dem geschickt terminierten Parteitag unmittelbar am Sonntag vor der Wahl konnte man sich noch einmal der Aufmerksamkeit der Medien sicher sein. Schon dort wurde eine an Unionswähler gerichtete Zweitstimmenkampagne lanciert, die durch Plakatierung und Mailings verstärkt wurde – mit Erfolg, wie die Bilanzen des Stimmensplittings bei CDU/CSU und FDP beweisen.

---

[23] *Matthias Geis*, in: DIE ZEIT vom 12. Juni 2003.
[24] Dem CSU-Chef *Stoiber* wird die Klassifizierung des schwarz-gelben Spitzenduos *Merkel* und *Westerwelle* als „Leichtmatrosen“ zugeschrieben.
[25] FAZ vom 12. September 2005.

2.5. Linke/PDS

Nach ihrem Scheitern bei der Bundestagswahl 2002 fiel die PDS in ein tiefes Loch bundespolitischer Bedeutungslosigkeit. Bis in das darauf folgende Jahr war sie absorbiert von internen Personalquerelen, die mit dem Rücktritt des gesamten Parteivorstands im Mai 2003 endeten. Bei der Wahl des neuen Vorstands ging es nach ihrem Vordenker André Brie darum, ob „aus der PDS eine sterbende orthodoxe oder eine lebendige Reformpartei“ wird[26]. Mit dem Beschluss, mit *Lothar Bisky* den Vorgänger von *Gabriele Zimmer* zu ihrem Nachfolger zu benennen, wurde diese Entscheidung aufgeschoben[27], die internen Konflikte aber zumindest abgebaut. Mit ihren zwei verbliebenen Abgeordneten, die per Direktmandat in den Bundestag eingezogen waren, war die PDS in der Bundespolitik inhaltlich kaum mehr wahrnehmbar. Nach dem Rückzug *Gregor Gysis* von allen Parteiämtern und seinem Rücktritt als Berliner Wirtschaftssenator fehlte es an Personen, die wenigstens in den Medien die Fahne hätten hochhalten und auf die Existenz und die Positionen der Sozialisten hinweisen hätten können. Mit der Weigerung der *Schröder-Fischer*-Regierung, sich am Irakkrieg zu beteiligen, war der PDS zudem ein zentrales Thema dauerhaft genommen worden. So erreichte sie bis Ende 2003 in den bundesweiten Umfragen nur zwischen drei bis maximal vier Prozent der Wählerstimmen.

Eine Wende zum Besseren brachte erst das Jahr 2004 mit den Hartz-Beschlüssen. Der daraus resultierende Unmut lenkte wieder Wasser auf die Mühlen der PDS und verhalf ihr schon bei der Europawahl zu einem bundespolitischen Ausrufezeichen: Mit 6,1 Prozent der Stimmen gelang ihr der Wiedereinzug in das Europäische Parlament. Bei den Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen bewies sie, dass mit ihr zumindest als ostdeutsche Regionalpartei weiterhin zu rechnen war. Mit Anteilen zwischen 23,6 (Sachsen) und 28 Prozent (Brandenburg) wurde sie jeweils zweitstärkste Kraft im Parlament.

Aus dem Protest gegen Hartz-IV hatte sich die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit, kurz WASG, konstituiert. Zulauf erhielt sie vor allem von enttäuschten SPD-Mitgliedern und regierungskritischen Gewerkschaftern, bundesweit bekannt wurde sie durch die so genannten Montagsdemonstrationen, die in den neuen Bundesländern Tausende von Menschen auf die Straße brachten. Am 22. Januar 2005 vollzog die WASG ihre förmliche Parteigründung und stellte sich erstmals bei der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen den Wählern. Auf Anhieb und ohne bekannteres Spitzenpersonal gewann sie dort 2,2 Prozent der Stimmen – Werte, die die PDS bislang im Westen nur selten erreicht hatte. Von Beginn an gab es deshalb Kontakte zwischen beiden Gruppierungen sowie konkrete Überlegungen der Kooperation beziehungsweise eines Zusammenschlusses zu einer gemeinsamen Partei.
Mit der überraschend angekündigten Neuwahl nahm das Projekt Linkspartei Fahrt auf. Am 24. Mai 2005 verkündete *Oskar Lafontaine* seinen Austritt aus der SPD und nahm mit dem von der PDS reaktivierten *Gregor Gysi* Gespräche auf, um rechtzeitig für die Bundestagswahl eine gemeinsame Liste von PDS und WASG zustande zu bringen. Am 18. Juni trat *Lafontaine* der WASG formell bei, und kurz darauf war das Wahlbündnis zwischen beiden Linksparteien perfekt. WASG-Mitglieder hospitierten auf den Landeslisten der PDS, die bei der Wahl unter dem Namen „Die Linkspartei“ – in den neuen Bundesländern zusätzlich mit dem Appendix

[26] Spiegel, Nr. 20/2003, S. 32.
[27] „Wir sind zwei Parteien in einer. Wir müssen sehen, wie wir damit klar kommen.“ *Gregor Gysi*, in: Die Welt vom 30. Juni 2003.

„PDS“ versehen - antrat[28]. Vor allem in den alten Bundesländern erhoffte man sich dadurch den nötigen Schub, um bei dieser Wahl bundesweit die Fünf-Prozent-Hürde zu meistern. Diese Erwartung erwies sich schnell als richtig, denn mit *Lafontaine* als Frontmann machte die Linkspartei auch im Westen in den Umfragen einen gewaltigen Sprung nach vorne. Ein *Lafontaine*-Effekt war auch in den neuen Bundesländern erkennbar, wo die um die WASG erweiterte PDS noch einmal kräftig auf vorübergehend über 30 Prozent zulegen konnte. Programmatisch profilierte sich die schnell zusammen gezimmerte Vereinigung vorwiegend im Widerspruch zur Bundesregierung und zu den Hartz-Gesetzen (Slogan „Gegen Armutsgesetze“). Auf Plakaten und in Spots setzte man aber vorwiegend auf die Popularität der beiden Hauptprotagonisten *Gysi* und *Lafontaine*. Mögliche programmatische Widersprüche verschwanden hinter wenig aussagekräftigen Slogans („Dem Trübsinn ein Ende“, „Nichts ist mächtiger als eine Idee, deren Zeit gekommen ist“).

2.6. Das TV-Duell und die Bedeutung der Medien

Nach der Premiere bei der Bundestagswahl 2002 gab es auch 2005 ein TV-Duell zwischen den Spitzenkandidaten der beiden Volksparteien. Auf Betreiben der Union blieb es allerdings diesmal bei einem TV-Duell, was mit der Kürze des Wahlkampfs begründet wurde, der Kandidatin aber auch den Vorwurf der Drückebergerei einbrachte. Das TV-Duell am 4. September 2005 dauerte nun etwas länger und wurde zeitgleich von den vier großen Fernsehanstalten ausgestrahlt. 20 Millionen Bürger (2002 zweimal 15 Millionen) nahmen die Gelegenheit wahr, den Argumentationsaustausch von *Merkel* und *Schröder* live zu verfolgen und zu prüfen, ob beide der Anforderung des Amtes nach einer „öffentlichkeitstauglichen Persönlichkeit“ [29] genügen würden. 2002 bestand der Kanzler diesen Test nach Zuschauermeinung letztlich deutlich besser als *Stoiber*, was den Stimmungswechsel seinerzeit erkennbar beschleunigte. Auch diesmal ging ein Großteil der Zuschauer mit der Erwartungshaltung in die Sendung, der medienerprobte Kanzler werde das Duell klar für sich entscheiden.

Unmittelbar nach der Sendung durchgeführte Befragungen von repräsentativ ausgewählten Zuschauern – neben Infratest dimap für die ARD waren die Forschungsgruppe Wahlen für das ZDF und forsa für RTL aktiv – gaben wiederum zum Teil sehr detailliert und nach Untergruppen unterteilt Auskunft über die Wahrnehmung der „Performance“ beider Kandidaten und die Überzeugungskraft ihrer Argumente sowie deren Auswirkung auf die Kandidaten- und die Parteipräferenz. Die differenzierten Urteile belegen, dass die Zuschauer die dargelegten Argumente aufmerksam verfolgten. So wusste *Merkel* in den Themenbereichen Familie und vor allem Arbeit zu überzeugen, *Schröder* dagegen vor allem im Bereich Außenpolitik, bei der Renten- und der Gesundheitspolitik, in der Bildungs- und überraschenderweise auch in der Steuerpolitik.[30] Die von *Schröder* gegen den designierten Finanzminister der Union vorgebrachten Argumente hatten ihre Wirkung offenbar nicht verfehlt.

In der Gesamtschau überzeugte *Schröder* mehr Zuschauer als *Merkel* (49:33). Der Kanzler wirkte auf die meisten Zuschauer deutlich sympathischer, verständlicher und etwas glaubwürdiger, einzig in Hinblick auf Tatkraft konnte seine Herausforderin gleichziehen. Da die

---

[28] Formal blieben beide Gruppierungen eigenständige Parteien. Es gibt auch weiterhin nicht zu übersehende Spannungen zwischen einigen Landesverbänden der PDS und der WASG, allen voran in Berlin und in Sachsen-Anhalt. Diese Spannungen belasten nicht nur den gemeinsamen Auftritt, sie gefährden auch den Fraktionsstatus der Linkspartei im Bundestag.

[29] *Manuel Lianos*, in Politik&Kommunikation, September 2005.

[30] Die einzelnen Werte (Angaben jeweils in Prozent) für die Kategorie „bessere Argumente“ sahen folgendermaßen aus: Rente (51 (Schröder). 37 (Merkel)), Gesundheit (43:34), Familie (40:50), Bildung (41:35), Außenpolitik (71:19), Wirtschaft (40:42), Steuern (49:38), Arbeit (35:46); Zuschauerbefragung von ARD/Infratest dimap.

Erhebung als Panel angelegt war - die Zuschauer wurden vor und nach der Sendung nach ihrer Kandidaten- und Parteipräferenz befragt -, konnten auch direkte Wirkungen und Veränderungen gemessen werden, die von der Sendung ausgingen. Dabei zeigte sich, dass beide Kandidaten die in sie gesetzten Erwartungen ihrer Anhänger voll und ganz erfüllten, denn wer sich vor der Sendung für *Schröder* und die SPD bzw. für *Merkel* und die CDU/CSU aussprach, tat dies in der Regel auch nachher. Beide nutzten auch die Chance, bei den noch unentschiedenen Wählerinnen und Wählern für sich zu werben, wobei *Schröder* eher bei den weiblichen Zuschauern erfolgreich war, *Merkel* dagegen eher bei den männlichen. In ihrer Mehrzahl neigten die Unentschiedenen allerdings vor der Sendung und auch nach der Sendung eher zum Amtsinhaber. Aus persönlicher Sympathie entwickelte sich unter dem Eindruck des Duells aber auch eine klare Tendenz in der Parteipräferenz: Vier von zehn zuvor unentschiedenen Wählern neigten am Ende der Sendung der SPD zu, nur jeder Fünfte der Union. Ein Drittel vermochte sich auch nach der Sendung zu keiner Partei durchzuringen, und etwa jeder Zehnte tendierte zur Wahl einer kleineren Partei, vorzugsweise der Linkspartei. Insgesamt lagen die Verschiebungen zwar deutlich unter dem Level des zweiten und entscheidenden TV-Duells von 2002, aber das Kalkül der SPD-Wahlkämpfer, *Schröder* könne das TV-Duell zu seinen und damit zu Gunsten der SPD nutzen, war wiederum aufgegangen. Auch in den repräsentativen Umfragen der nachfolgenden Tage bekräftigten die Zuschauer diese Einschätzung und die Nichtseher schlossen sich mehrheitlich diesem Urteil an. In den Sonntagsfragen von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen machte die SPD einen Sprung von 32 auf 34 Prozent, die Unionsparteien verloren gleichzeitig zwei Punkte und erreichten zehn Tage vor der Wahl nur noch 41 Prozent. Die Verluste der Union konzentrierten sich im Übrigen auf die Gruppe der Arbeitnehmer, die *Schröder* in der Sendung - sicher nicht ganz absichtslos - als die „eigentlichen Leistungsträger in Deutschland“ bezeichnet hatte. In der Woche nach dem Duell verspielten, so die übereinstimmenden Befunde von Infratest dimap und der Forschungsgruppe Wahlen, Union und FDP endgültig ihre Mehrheit.

Bei aller Parallelität der Befunde für 2002 und 2005 fiel ein Unterschied auf: Bei beiden Duellen 2002 stimmten die Ergebnisse der Zuschauerbefragungen mit den Urteilen der Journalisten und Experten weitgehend überein. Diesmal wurde schnell deutlich, dass „die Interpretationen der professionellen Deuter und die der Zuschauer, gemessen durch die Meinungsforschung, auseinander fielen“[31]. Anders als die Mehrheit der Zuschauer sahen die meisten professionellen Beobachter *Merkel* im Vorteil[32]. Für sie stand zwei Wochen vor der Wahl der Wahlsieg der Union mehr oder weniger fest, *Merkel* galt als Kanzlerin hochwahrscheinlich. Sie bewerteten den Auftritt der CDU-Chefin eher unter der Prämisse, ob die künftige Regierungschefin dem noch amtierenden und im Umgang mit den Medien bestens vertrauten Kanzler im direkten Schlagabtausch würde das Wasser reichen können – was ihr in der Tat eindrucksvoll gelang. Für die Bürger war der Ausgang der Wahl völlig offen, schließlich hatten sie ihre Stimme noch nicht abgegeben.

Das TV-Duell zwischen *Merkel* und *Schröder* war sicherlich das Top-Ereignis des medialen Wahlkampfs; es gab aber eine Reihe weiterer Neuerungen, die die zentrale Rolle des Fernsehens im Wahlkampf eher noch festigten. So sendete das ZDF zu bester Sendezeit eine ebenfalls eineinhalbstündige Auseinandersetzung der Spitzenkandidaten der kleineren Parteien, die mit *Joschka Fischer*, *Guido Westerwelle* und *Oskar Lafontaine* sehr attraktiv besetzt war. Am Montag vor der Wahl nahm die ARD ebenfalls zur Primetime eine „Elefantenrunde“ ins Programm, wo es zum zweiten direkten Aufeinandertreffen von *Merkel* und *Schröder* kam. Hinzu kamen Live-Sendungen neuen Typs wie „Arena“ von WDR und NDR, wo Spitzenpoli-

[31] *Anja Kruke*, in: Frankfurter Rundschau vom 26. 9. 2005.
[32] So etwa *Hans-Olaf Henkel* in einem Interview unmittelbar nach dem Duelle: „*Schröder* stehend KO. Nur der Gong um 22 Uhr hat ihn gerettet“.

tiker sich Fragen der Bürger stellen mussten. Zahlreiche Talkrunden mit zum Teil sehr hohen Einschaltquoten belegten das große Interesse der Bürger an der Wahl. Die TV-Angebote wurden von ausführlichen Vergleichen der Wahlprogramme in den Tageszeitungen ergänzt. Diese Beiträge verstärkten die ausgeprägte Themenorientierung, die diesen Wahlkampf kennzeichnete, und die auch mit den Erfahrungen der Parteien übereinstimmte: Ihre Wahlkämpfer berichteten vom reißenden Absatz der Wahlprogramme.

3. **Das Wahlergebnis**

Bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 stellten sich den 61,9 Millionen Wahlberechtigten insgesamt 25 Parteien zur Wahl. Inhaltlich hatten die Wähler vor allem darüber zu entscheiden, wie Deutschland auf die globalen und demographischen Herausforderungen reagieren solle. Dabei standen drei Alternativen zur Abstimmung: (1) die Fortführung der Agenda 2010, also eine tief greifende Reform der bestehenden sozialen Systeme und des Steuersystems, für die die SPD und – ökologisch und gesellschaftspolitisch pointierter – die Grünen um Zustimmung kämpften; (2) eine umfassendere und stärker auf die Kräfte des Marktes vertrauende Umgestaltung, für die die Unionsparteien und, radikaler noch, die FDP eintraten; schließlich (3) eine Rückkehr zum Staatsinterventionismus alter Prägung, für den sich, ausgehend von unterschiedlichen Traditionen, die zur Linkspartei vereinigten PDS und WASG aussprachen.

Aus der Wahl gingen die beiden Parteien als Sieger hervor, die für die beiden Extrempositionen bei dieser Grundsatzentscheidung standen (vgl. Tabelle 1): Die marktorientierte FDP gewann 2,4 Punkte hinzu und erreichte mit 9,8 Prozent fast ihr Niveau von 1990; die auf den Staat setzende Linkspartei konnte ihren Stimmenanteil mehr als verdoppeln und erzielte mit 8,7 Prozent ein kaum für möglich gehaltenes Rekordergebnis. Die übrigen im neuen wie im alten Bundestag vertretenen Parteien verloren an Stimmen. Für die beiden Regierungsparteien kam dies nicht überraschend, deutete sich doch schon in den beiden vorangegangenen Landtagswahlen in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen an, dass das rot-grüne Projekt nicht mehr mehrheitsfähig sein würde. Bei den Grünen fielen die Verluste zwar noch recht moderat aus (-0,5 Punkte), mit einem Stimmenanteil von 8,1 Prozent blieben sie allerdings hinter die FDP und erstmals sogar hinter der Linkspartei zurück. Die SPD musste deutliche Verluste hinnehmen (-4,3) und verlor mit einem Zweitstimmenanteil von 34,2 Prozent auch ihre Position als stärkste Partei, die sie 2002 noch mit dem denkbar knappen Vorsprung von rund 6.000 Stimmen gegenüber der Union behauptet hatte. Auch die Unionsparteien verzeichneten deutliche Verluste (-3,3) und fielen mit 35,2 Prozent auf das Niveau der Bundestagswahl 1998 zurück - die CDU erzielte mit 27,8 Prozent sogar das schlechteste Ergebnis seit 1949. Für die CSU dürfte besonders schmerzhaft sein, dass sie zwar mit 7,4 Prozent ihr zweitbestes Wahlergebnis seit der deutschen Einheit erzielte, im neuen Bundestag aber nur noch als sechststärkste Kraft firmiert.

Tabelle 1: Bundestagswahlergebnisse und Sitzverteilung 1998 bis 2005 im Vergleich (Zweitstimmenanteile in Prozent)								
Partei	1998		2002		2005		Diff. 05-02	Diff. 05-98
	%	Sitze	%	Sitze	%	Sitze	%	%
CDU	28,4	198	29,5	190	27,8	180	*-1,7*	*-0,6*
CSU	6,7	47	9,0	58	7,4	46	*-1,6*	*+0,7*
FDP	6,2	43	7,4	47	9,8	61	*+2,4*	*+3,6*
Summe	41,3	288	45,9	295	45,0	287	*-0,9*	*3,7*
SPD	40,9	298	38,5	251	34,2	222	*-4,3*	*-6,7*
Grüne	6,7	47	8,6	55	8,1	51	*-0,5*	*+1,4*
PDS	5,1	36	4,0	2	8,7	54	*+4,7*	*+3,6*
Summe	52,7	381	51,1	308	51,0	327	*-0,1*	*-1,7*
Sonstige	6,0	-	3,0	-	3,9	-	*+0,9*	*-2,1*

Quelle: Bundeswahlleiter

3.1. Der Last-Minute-Swing zu Lasten der Union

Die größte Überraschung des Wahlabends waren sicherlich die deutlichen Verluste von CDU und CSU, die nicht – wie in allen veröffentlichten Umfragen ausgewiesen – an Stimmenanteilen zulegten, sondern gegenüber 2002 deutlich verloren. Das unerwartet schlechte Unionsergebnis relativierte auch die - größeren - Verluste der SPD, denn allgemein war ein deutlicherer Rückstand gegenüber der Union erwartet worden. Was war passiert? Waren Messfehler der Umfrageinstitute dafür verantwortlich, dass der Abwärtstrend der Union nicht erkannt wurde, oder fand ein Last-Minute-Swing zu Lasten der Union statt – zu kurzfristig, um in den Umfragen erfasst zu werden?

Für einen sehr kurzfristigen Meinungsumschwung sprechen einige Anzeichen, so etwa in der letzten (unveröffentlichten) Umfrage von Infratest dimap unmittelbar vor der Wahl. Darin blieb zwar die Zahl der Wähler ziemlich konstant, die bei der Sonntagsfrage eine Präferenz für CDU oder CSU angaben; deutlich gestiegen war aber der Anteil der Unionswähler die erwogen, ihre Zweitstimme der FDP zu geben (von 12 auf 17 Prozent). Die Umfragebefunde werden untermauert durch die Daten des Bundeswahlleiters, der wie 2002 Brief- und Urnenwählern getrennt ausweist. Ein eventueller Last-Minute-Swing müsste sich im unterschiedlichen Wahlverhalten niederschlagen, denn Briefwähler geben ihre Stimme einige Wochen bis wenige Tage vor den Urnenwählern ab. Die Briefwahlergebnisse weisen tatsächlich einen Stimmenüberhang für die Union aus, der um rund drei Punkte über den üblichen strukturell bedingten Abweichungen liegt (vgl. Tabelle 2). Profitiert hat davon in erster Linie die FDP, die bei den Urnenwählern knapp zwei Prozentpunkte besser abschneidet, als das Briefwahlergebnis hätte erwarten lassen. Viele kurz zuvor noch der Union zugeneigte Wähler entschlossen sich offenbar kurzfristig und bestärkt durch eine massive Zweitstimmenkampagne der FDP in der Woche vor der Wahl, ihre Zweitstimme den Liberalen zu geben, um das liberale Element in einer schwarz-gelben Koalition zu stärken und eine Große Koalition zu verhindern. Ihre Erststimme gaben die bürgerlichen Splittingwähler wie vor drei Jahren in der Regel

den Kandidaten von CDU oder CSU, weshalb die Union bei den Erststimmen mit 40,9 Prozent ihr Niveau von 2002 (41,1) halten konnte.

Tabelle 2: Unterschiede Brief-/Urnenwahlergebnis
Vergleich Bundestagswahl 2002 und 2005

	SPD	Grüne	PDS	CDU/CSU	FDP
Ergebnis BTW 2002	38,5	8,6	4,0	38,5	7,4
Urnenwahl	39,1	8,5	4,1	38,1	7,1
Briefwahl	36,0	9,0	3,3	40,4	8,4
Differenz U-B*	*+3,0*	*-0,6*	*+0,8*	*-2,3*	*-1,3*
Ergebnis BTW 2005	34,2	8,1	8,7	35,2	9,8
Urnenwahl	34,7	8,2	9,0	34,2	9,9
Briefwahl	32,5	7,9	7,6	39,4	9,5
Differenz U-B	*+2,2*	*+0,3*	*+1,3*	*-5,2*	*+0,4*
Abweichung 2005-2002	*-0,8*	*+0,8*	*+0,5*	*-2,9*	*+1,7*

* Es ergeben sich Abweichungen zur Differenz der gerundeten Prozentwerte.
Angaben in Prozent
Quelle: Bundeswahlleiter; eigene Berechnung

Zu den kurzfristigen Verlusten der Union trugen allerdings auch die kurz vor der Wahl noch völlig unentschlossenen Wähler bei, deren Anteil um rund 50 Prozent über dem von 2002 lag. Eine im Auftrag der ARD durchgeführte Nachwahlbefragung ergab, dass der Großteil dieser Unentschlossenen (87 Prozent) an der Wahl teilnahm und dass bei dieser Gruppe die Union mit 23 Prozent der Stimmen weit unterdurchschnittlich abschnitt[33].

Fazit: Die Union hat in den letzten Tagen vor der Wahl erheblich an Boden verloren, weil zuvor unionsgeneigte Wähler der FDP ihre Zweitstimme gaben, und weil sie bei den Spätenscheidern kaum punkten konnte.

Von einem „Waterloo der Wahlforscher“[34] zu sprechen, erscheint angesichts dieser sich erst unmittelbar vor der Wahl abzeichnenden Entwicklungen verfehlt. Institute, die allerdings am Freitag oder Samstag vor der Wahl noch mit aktuellen Umfrageergebnissen aufwarten, sollten ihre Instrumente mit Blick auf mögliche strategische Wahloptionen verfeinern und die Erhebung noch näher an die endgültige Entscheidung heranführen, um einen möglichen Last-Minute-Swing auch tatsächlich zu erfassen.

3.2. Wählerwanderung und Wahlbeteiligung

Die Wählerwanderungsanalyse von Infratest dimap bestätigt die ungewöhnlich starke Wählerbewegung von der Union in Richtung FDP. Per Saldo verloren CDU und CSU 1,1 Millionen Wähler an den Wunschpartner. Dem stehen nur Zugewinne von den beiden Regierungsparteien in Höhe von knapp 770.000 Stimmen gegenüber. Die Position der Union wurde zusätzlich durch überraschend hohe Verluste an die Linkspartei geschwächt (-280.000 Stimmen), durch einen abermaligen Negativ-Saldo im Generationenaustausch (-410.000) sowie

[33] Zu einem ähnlichen Resultat kommt *Bernhard Weßels* in dem Aufsatz „Geheime Wahl – Was Meinungsforscher vor dem 18. September nicht wissen konnten“, in: WZB Mitteilungen 110/Dezember 2005
[34] Das Zitat aus dem „FOCUS-WahlSpezial“ vom 20. September 2005 sei hier nur als ein Beispiel angeführt.

durch eine erkennbare Mobilisierungsschwäche: Sie verlor deutlich mehr Stimmen ans Nichtwählerlager, als sie von dort gewinnen konnte (im Saldo -640.000)[35]. In der Summe gab allerdings die SPD am meisten Stimmen ab, da sie an alle Parteien Wähler verlor. Der Saldoverlust an die Unionsparteien mit 630.000 Stimmen ebenso wie der Abfluss ins Lager der Nichtwähler (-370.000) hielten sich dabei in erträglichen Grenzen – hatten doch die Ergebnisse der SPD bei den letzten Landtagswahlen Schlimmeres befürchten lassen. Der größte Abstrom ging diesmal mit knapp einer Million Wähler in Richtung Linkspartei. Anders als die Jahre zuvor verlief bei dieser Wahl die größte Wanderungsbewegung nicht zwischen den beiden Volksparteien sondern innerhalb der politischen Blöcke.

Die Grünen waren für enttäuschte SPD Wähler diesmal weit weniger attraktiv als vor drei Jahren. Der kleine Koalitionspartner gewann vom großen in gleicher Größenordnung, wie er an die bürgerlichen Parteien abgab. Von den Erstwählern erhalten die Grünen nach wie vor überdurchschnittlichen Zulauf, weshalb der Generationenaustausch – wie bei allen drei kleinen Parteien – positiv ausfiel. Dass sie gleichwohl im Saldo knapp 280.000 Stimmen verloren, lag in erster Linie an dem erstarkten Wettbewerber am linken Rand. Erstmals gaben sie an die PDS/WASG in größerem Umfang (-240.000) Wähler ab, wobei sich diese Verluste im Wesentlichen auf den Westen beschränkten.

Die Liberalen verdanken ihren Aufstieg zur drittstärksten Kraft im neuen Bundestag fast ausschließlich der Unterstützung aus dem Unionslager. Die Kurzfristigkeit der Entscheidung mag den Verdacht nähren, es handle sich dabei um „Leihstimmen“. Gegen diese Klassifizierung spricht aber, dass viele dieser Wechselwähler auch drei Monate nach der Wahl zu ihrer Entscheidung stehen und der FDP die Stange halten. Ob dieses Wahlergebnis eine dauerhafte Verschiebung der Kräfteverhältnisse im bürgerlichen Lager darstellt, wird nicht zuletzt davon abhängen, ob und inwieweit die Union in der großen Koalition zumindest einen Teil der Ziele erreicht, für die eine schwarz-gelbe Koalition vor der Wahl eingetreten ist.

Den mit 2,2 Millionen größten Stimmenzuwachs verzeichnete diesmal die Linkspartei. Zwei Drittel ihrer Gewinne entfielen auf die alten Bundesländer, wo sie ihren Stimmenanteil mehr als vervierfachte und 4,9 Prozent erreichte. Dort wo die PDS früher nie mehr als 500.000 Wähler für sich gewinnen konnte, entschieden sich für die neue Kombination PDS/WASG diesmal knapp 1,9 Millionen Wähler. Die Wählerstromanalyse zeigt für die Linkspartei – im Westen und im Osten - Gewinne von allen Parteien, die weitaus größten da wie dort von der SPD[36]. Mit eingängigen Parolen („Gegen sozialen Kahlschlag“) gelang es ihr als einziger Partei, per Saldo Wähler aus dem Nichtwählerlager zu gewinnen (430.000).
Da alle anderen Parteien deutlich mehr Wähler an das Nichtwählerlager verloren als sie von dort mobilisieren konnten, sank die Wahlbeteiligung zum zweiten Mal hintereinander von 79,1 auf 77,7 Prozent. Die Beteiligungsrate fiel sogar noch leicht hinter die bislang niedrigste von 1990 zurück (77,8 Prozent) und bedeutet einen neuen Negativrekord bei einer Bundestagswahl. Diese Entwicklung spiegelt die Grundstimmung dieser Wahl wider. Die Bürger waren mit der amtierenden Regierung ähnlich unzufrieden wie 1998 mit der Regierung *Kohl*; anders als 1998 versprachen sich aber viele von einem Regierungswechsel keine Verbesserung. Manchen mag auch von der Wahl abgehalten haben, dass die von SPD und Grünen, vor allem aber die von Union und FDP vorgelegten Programme eher weitere Einschnitte als neue Wohltaten erwarten ließen. Die Beteiligungsraten in Ost und West verhielten sich wie 2002

[35] Die Gesamtzahlen für die Wählerwanderung bei CDU/CSU lauten: Gewinne von SPD (+630.000) und Bündnis 90/Die Grünen (+ 140.000); Verluste zur FDP (-1.120.000), zu Nichtwählern (-640.000), zu Erstwählern/Verstorbenen (-410.000), zur Linke.PDS (-280.000); Wahltagsbefragung von ARD/Infratest dimap.
[36] Vgl. hierzu: *Harald Schön/Jürgen Falter*: Die Linkspartei und ihre Wähler, in: APuZ, B 51-52 (2005), S. 33-40.

gegenläufig, allerdings mit diesmal umgekehrtem Vorzeichen: Während die Beteiligung in den alten Bundesländern leicht abnahm (-2,1 Punkte), war in den neuen Bundesländern ein leichter Anstieg zu verzeichnen (+1,5 Punkte). Diesen Mobilisierungsschub konnte größtenteils die Linkspartei auf ihrem Konto verbuchen.

3.3. Wahlverhalten nach Bevölkerungsgruppen

Ein entscheidendes Kennzeichen der Bundestagswahl 2005 besteht darin, dass weit deutlicher noch als 1987 und (vereinigungsbedingt) 1990 beide Volksparteien an Stimmen einbüßten (1987: –5,7, 2005: -7,6). Und wie in den achtziger Jahren, als sich die Grünen etablierten und vor allem bei der jungen städtischen Intelligenz erstaunliche Erfolge verbuchten, deuten diese Verluste auf eine abnehmende Integrationskraft der Volksparteien hin. Anders als vor zwei Jahrzehnten betrifft dies weniger bestimmte Alterskohorten – die Volksparteien verloren in allen Altersgruppen -, eine Konzentration auf bestimmte Milieus ist gleichwohl erkennbar. Diesmal verloren die Volksparteien vor allem die Unterstützung bei den unteren sozialen Schichten, besonders deutlich bei Arbeitern (SPD -5, CDU/CSU - 7) und Arbeitslosen (-10 bzw. -5/vgl. Tabelle 3). Dies dürfte Ergebnis einer nunmehr 15 Jahre währenden Massenarbeitslosigkeit sein, von der Arbeiter stärker betroffen waren und sind als andere Berufsgruppen. Enttäuscht von den Versprechungen der Regierungsparteien der letzten Jahre wenden sie sich zunehmend linken und rechten Protestparteien zu. Dieser Trend hatte sich bereits bei den zurückliegenden Landtagswahlen angedeutet und ist in Ostdeutschland stärker ausgeprägt als in Westdeutschland. Die PDS/Linke ist im Osten erstmals bei den Arbeitern knapp, bei den Arbeitssuchenden klar stärkste Partei, die NPD kommt in beiden Gruppen auf acht beziehungsweise immerhin sieben Prozent. Die politische Brisanz und das Ausmaß der Hoffnungslosigkeit – kaum einer der Betroffenen erhofft sich von PDS beziehungsweise NPD wirklich Abhilfe bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze – manifestiert sich darin, dass beide Volksparteien bei den ostdeutschen Arbeitslosen zusammen auf denselben Stimmenanteil kommen wie die PDS. In den alten Ländern ist eine ähnliche Entwicklung erkennbar, wenn auch auf weit niedrigerem Niveau. Vor allem für die SPD steht dort der Anspruch auf dem Spiel, Sachwalter der „kleinen Leute“ zu sein, wenn sie bei Arbeitern gerade noch 41 Prozent der Stimmen, bei Arbeitslosen und unteren Bildungsschichten schon keine 40 Prozent mehr auf sich vereinen kann. Den Sozialdemokraten bleibt die in den Gewerkschaften organisierte Arbeiterschaft in Westdeutschland als einziges Milieu, in dem sie noch auf über 50 Prozent der Stimmen kommt[37]. Der Union gelingt dies nicht einmal mehr in ihrem Kernmilieu, der katholischen Wählerschaft. In dieser Gruppe fiel sie auch im Westen erstmals unter die 50-Prozent-Marke.

[37] Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass im Westen wie im Osten rechtsradikale Parteien bei gewerkschaftlich organisierten Arbeitern mehr Zuspruch finden als bei Nichtorganisierten.

Tabelle 3: Wahlverhalten nach Bildung, Tätigkeit, Gewerkschaftsmitgliedschaft und Konfession bei der Bundestagswahl am 18. September im Vergleich zu 2002

	SPD		CDU/CSU		GRÜNE		FDP		Linke.PDS	
Bildung*										
hoch	30	*-4*	33	*-1*	14	*-1*	12	*+3*	9	*+3*
mittel	34	*-4*	35	*-4*	7	*0*	10	*+2*	10	*+6*
niedrig	38	*-5*	38	*-5*	4	*0*	8	*+2*	8	*+5*
Tätigkeit										
Arbeiter	37	*-5*	30	*-7*	5	*0*	8	*+1*	12	*+7*
Angestellte	36	*-3*	31	*-4*	11	*-1*	11	*+3*	7	*+4*
Beamte	30	*-7*	38	*+2*	14	*-2*	9	*+2*	7	*+4*
Selbständige	21	*0*	41	*-6*	12	*-1*	19	*+5*	6	*+3*
Rentner	36	*-5*	42	*-1*	4	*0*	9	*+3*	8	*+3*
in Ausbildung	40	*+1*	24	*-3*	13	*-2*	11	*0*	8	*+4*
Arbeitslose	31	*-10*	23	*-5*	7	*-2*	8	*+1*	24	*+14*
Gewerkschaft										
Mitglieder	47	*-4*	24	*-3*	8	*-1*	6	*0*	13	*+7*
nur Arbeiter	51	*-3*	21	*-5*	4	*-2*	4	*-1*	14	*+10*
Nichtmitglieder	32	*-4*	37	*-4*	8	*-1*	11	*+3*	8	*+5*
Konfession										
Evangelisch	39	*-3*	33	*-4*	8	*0*	10	*+2*	6	*+4*
Katholisch	27	*-3*	49	*-3*	7	*-1*	10	*+3*	4	*+3*
keine/andere	36	*-7*	21	*-3*	10	*-1*	9	*+2*	19	*+8*

Angaben in Prozent
*hoch = Abitur/Hochschule/Uni; mittel = Mittel-/Realschule;
niedrig = Kein Abschluß/Volks-/Hauptschule
Quelle: Wahltagsbefragung von ARD/Infratest dimap

Bei den Grünen und der FDP sind keine größeren strukturellen Verschiebungen feststellbar. Die Grünen bleiben ungeachtet der leichten Verluste vor allem eine Partei der höher gebildeten städtischen Schichten mit überdurchschnittlicher Unterstützung seitens der Beamtenschaft. Die Liberalen legten in den Gruppen überdurchschnittlich zu, in denen sie vorher bereits stark waren, also bei den Selbständigen (19 Prozent Stimmanteil) und bei den höher Gebildeten (12 Prozent). Die Wählerschaft der FDP und vor allem die der Grünen weisen eine etwas jüngere Altersstruktur als die anderen Parteien auf. Und nach wie vor werden die Grünen etwas stärker von Frauen, die FDP dagegen eher von Männern gewählt.

Die geschlechtsspezifischen Unterschiede zwischen den Wählern der beiden Volksparteien, die 2002 erkennbar wurden, haben sich dagegen fast wieder verflüchtigt. Die SPD fand zwar auch diesmal mehr Unterstützung von weiblichen als von männlichen Wählern (36 gegenüber 33 Prozent), vor drei Jahren betrug die Differenz aber noch fünf anstatt drei Punkte. Bei der Union ist eine gegenläufige Entwicklung festzustellen: Sie verlor vor allem bei Männern, mit jeweils 35 Prozent war ihre Resonanz bei Frauen und Männern identisch. Anders als 2002, als Rot-Grün aufgrund des Votums der Frauen eine zweite Chance bekam, lagen diesmal beide Lager bei den weiblichen Wählern fast gleichauf. Die Männer gaben wie schon vor drei Jahren Schwarz-Gelb den Vorzug (vgl. Tabelle 4).

Während sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede zwischen Union und SPD weitgehend egalisierten, nahmen die altersspezifischen Ungleichheiten eher noch zu (vgl. Tabelle 4). Ursache dafür sind die überdurchschnittlichen Verluste von CDU und CSU bei den 18- bis 24-jährigen Wählern (-6). In dieser Altersgruppe erreichen die Unionsparteien mit 26 Prozent der Stimmen nicht mehr das Niveau einer Volkspartei. Demgegenüber haben sie bei den älteren Wählern kaum verloren (-2) und konnten sich hier mit 43 Prozent klar als stärkste Partei behaupten. Ihren Wahlsieg verdankt die Union demnach den älteren Wählern. In allen übrigen Gruppen lag die SPD vorne, bei den Jungwählern diesmal sogar mit zwölf Punkten. Diese Entwicklung ist für die Union nicht unproblematisch, setzt sich doch die schon bei den vorangegangenen Wahlen erkennbare Überalterung ihrer Wählerschaft fort.

Tabelle 4: Wahlverhalten nach Alter und Geschlecht bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 im Vergleich zu 2002

	SPD		CDU/CSU		GRÜNE		FDP		Linke. PDS	
18-24 Jahre	38	*-1*	26	*-6*	10	*0*	10	*+1*	8	*+5*
25-34	33	*-5*	30	*-5*	10	*-1*	13	*+3*	8	*+5*
35-44	34	*-4*	32	*-4*	11	*0*	10	*+2*	9	*+5*
45-59	35	*-5*	34	*-4*	9	*0*	9	*+2*	11	*+7*
60 und älter	34	*-4*	43	*-2*	4	*0*	9	*+3*	7	*+3*
Frauen	36	*-5*	35	*-2*	9	*1*	9	*+3*	8	*+4*
18-24 Jahre	39	*-1*	26	*-6*	11	*-1*	10	*+2*	8	*+5*
25-34	35	*-6*	29	*-3*	11	*-1*	11	*+3*	8	*+5*
35-44	35	*-4*	31	*-3*	13	*-1*	9	*+2*	8	*+4*
45-59	36	*-6*	33	*-3*	10	*+1*	9	*+2*	10	*+6*
60 und älter	36	*-4*	43	*-1*	5	*-1*	9	*+4*	6	*+2*
Männer	33	*-3*	35	*-5*	7	*-1*	11	*+2*	10	*+6*
18-24 Jahre	36	*-1*	25	*-7*	10	*+1*	11	*+1*	9	*+4*
25-34	31	*-4*	30	*-6*	9	*-1*	15	*+4*	9	*+5*
35-44	32	*-3*	33	*-5*	10	*0*	11	*+3*	9	*+6*
45-59	34	*-3*	34	*-5*	7	*-1*	10	*+2*	12	*+7*
60 und älter	33	*-5*	44	*-3*	4	*0*	10	*+3*	9	*+4*

Angaben in Prozent
Quelle: Wahltagsbefragung von ARD/Infratest dimap

3.4. Wahlverhalten nach Regionen

Die regionalen Gewinn- und Verlustmuster decken sich im Wesentlichen mit denen der Wählerwanderung. Die SPD verlor in allen Bundesländern, Linkspartei und FDP gewannen flächendeckend hinzu. Bei der Union und den Grünen fiel die regionale Bilanz dagegen recht unterschiedlich aus. Insgesamt hat diese Bundestagswahl die Segmentierung Deutschlands in drei Wahlregionen - die neuen Bundesländer sowie die südlichen und die nördlichen alten Bundesländer - bestätigt. Die Nord-Süd-Differenzen nahmen zwar insgesamt etwas ab, dafür erreichten die Ost-West-Unterschiede wieder fast das Niveau von 1998[38].

Die Ergebnisse der Union in den einzelnen Bundesländern verdeutlichen das hohe Maß an Volatilität, das Wähler heute auszeichnet. In vielen Ländern, in denen die CDU zuvor klare Siege bei Landtagswahlen eingefahren hatte, wie jüngst noch in Schleswig-Holstein und in Nordrhein-Westfalen, fiel sie wieder hinter die SPD zurück. Am Ende lag die Union wie schon 2002 nur in vier südlichen und meist katholisch geprägten Bundesländern vorne: in Bayern, Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz sowie in Sachsen. Am weitaus höchsten fielen ihre Verluste in Bayern aus (-9,4), zieht man aber den „*Stoiber*-Faktor“ von 2002 ab[39], so hat sich der traditionelle CSU-Vorsprung gegenüber der Schwesterpartei auf das frühere Niveau eingependelt. Mit einem Zweitstimmenanteil von 7,4 Prozent lagen die Christsozialen etwas über dem Ergebnis von 1998, womit sie die Union vor dem schlechtesten Wahlergebnis seit 1949 bewahrten. Die Schwesterpartei konnte im Norden teilweise leicht zulegen (Schleswig-Holstein:+0,4, Hamburg: +0,8), im Süden und in den neuen Ländern verlor die CDU aber flächendeckend zwischen 0,7 (Mecklenburg-Vorpommern) und 4,8 Prozentpunkte (Saarland). In drei ostdeutschen Bundesländern, darunter das mit absoluter CDU-Mehrheit geführte Thüringen, fiel sie sogar hinter die Linkspartei auf den dritten Platz zurück, in Berlin (22,0 Prozent) und in Brandenburg (20,6) kam sie jeweils nur auf ein Fünftel der Wählerstimmen. Trotz einer protestantischen Spitzenkandidatin aus den neuen Bundesländern blieb die CDU damit eine eher westlich geprägte Partei mit einer eher katholischen Stammwählerschaft.

Das SPD-Ergebnis weist deutlich geringere regionale Unterschiede (Differenz 18,7 Punkte) auf als die Ergebnisse der Union (28,6). Am besten schnitt die SPD in Niedersachsen ab (43,2 Prozent) - der Heimat des Bundeskanzlers -, am schlechtesten in Sachsen (24,5). Die größten Verluste erlitten die Sozialdemokraten im Saarland (-12,6), wo sie 1998 noch das beste Landesergebnis erzielt hatten. Beide Ergebnisse hängen eng mit der Person *Oskar Lafontaine* zusammen.1998 führte er die SPD als Spitzenkandidat zum Sieg, 2005 kostete der im Saarland nach wie vor populäre Politiker der SPD als Spitzenkandidat der Linkspartei und als deren Direktkandidat in Saarbrücken entscheidend Stimmen. Da die Verluste der SPD in den neuen Bundesländern (-9,3) weit über denen im Westen lagen (-3,1), hat sie ihre Position als in Ost und West gleichermaßen verankerte Partei etwas eingebüßt. Nach wie vor sind bei ihr jedoch die Unterschiede zwischen neuen und alten Bundesländern deutlich geringer ausgeprägt (4,7 Punkte Differenz) als bei der Union (12,1) oder der Linkspartei (20,4). Zumindest bei den Erststimmen haben SPD und CDU/CSU ihren Nimbus als Volksparteien wahren können, hier fielen ihre Verluste mit 3,7 deutlich geringer aus als bei den Zweitstimmen (-7,6). Neben dem Direktmandat des Grünen *Hans-Christian Ströbele* gingen, wie schon 1998, nur noch drei Berliner Direktmandate an die PDS. Die übrigen 295 Wahlkreise teilten die beiden Großen unter sich auf, wobei diesmal die Union mit 150:145 knapp vor der SPD lag. In den neuen Ländern hätten es allerdings leicht einige Direktmandate mehr für die PDS werden

[38] Vgl. ARD/Infratest dimap, WahlREPORT Bundestagswahl 2005, Regionale Sonderentwicklungen, S. 53 ff.
[39] Als Spitzenkandidat erzielte er 2002 einen von keinem anderen Spitzenkandidaten jemals erreichten Heimatbonus von 10,9 Punkten.

können, denn dort lagen einige sozialistische Kandidaten bei den Erststimmen relativ knapp an zweiter Stelle.

FDP und Grüne konnten sich mit weiteren Zugewinnen im Osten stärker etablieren, ihre Hochburgen liegen aber nach wie vor in den westdeutschen Großstädten. Dort lässt sich immer häufiger eine Konstellation beobachten, bei der sich die Summe der Zweitstimmen von Grünen und FDP auf demselben Niveau bewegt wie die der Volksparteien. In Freiburg und Frankfurt lagen die beiden kleinen Parteien zusammen genommen sogar jeweils vor SPD beziehungsweise CDU. Der Sieg eines Direktkandidaten einer „kleinen" Partei wie der von *Hans-Christian Ströbele* im Berliner Wahlkreis Friedrichshain/Kreuzberg dürfte allerdings die Ausnahme bleiben. Die PDS hat sich nach ihrem Einbruch vor drei Jahren nicht nur erholt, sie erzielte ihr bei weitem bestes Zweitstimmenergebnis in Ostdeutschland. Mit einem Stimmenanteil von 25,3 rangiert sie nur noch 5,1 Punkte hinter der SPD und tritt der CDU (ebenfalls 25,3) sogar auf Augenhöhe gegenüber. Selbst ihr Erststimmenergebnis fällt nicht sehr viel niedriger aus, weil PDS-Wähler – anders als die der Grünen und der FDP – „ihrer" Partei in der Regel beide Stimmen geben. Bemerkenswert ist auch ihre ausgeglichene Stärke über die neuen Bundesländer, wo sie Werte zwischen 22,8 Prozent (Sachsen) und 26,6 Prozent (Brandenburg und Sachsen-Anhalt) erreicht. Nur in der Teilregion Ost-Berlin kam sie mit 29,5 Prozent auf einen noch höheren Stimmenanteil. Spektakulärer ist ihr Abschneiden im Westen, wo sie nur knapp unter der Fünf-Prozent-Hürde blieb. Im Saarland erreichte sie mit 18,5 Prozent (+17,1) fast ostdeutsches Niveau, aber auch in Bremen, Hamburg, Rheinland-Pfalz, Hessen und Nordrhein-Westfalen schaffte sie den Sprung über die Fünf-Prozent-Marke. Die im Frühjahr 2006 anstehenden Landtagswahlen in Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz werden zeigen, ob sich die Linkspartei auch im Westen als regionale Kraft durchsetzen kann.

Wenig Verschiebung gab es bei dieser Wahl im Hinblick auf das Stadt-Land-Gefälle. In manchen westdeutschen Großstädten ist allerdings aufgrund überdurchschnittlicher Verluste der Regierungsparteien die Dominanz von Rot-Grün gebrochen (Düsseldorf, Frankfurt am Main). Profitiert hat davon kaum das bürgerliche Lager, sondern fast ausschließlich die Linkspartei, die im Westen vor allem in den Städten zulegen konnte. In städtischen Wahlkreisen konnten aber die Regierungsparteien ihre absolute Mehrheit mit 50,5 Prozent der Zweitstimmen knapp behaupten (-4,2). Auf dem flachen Land bleibt die Mehrheit von Schwarz-Gelb mit 54,3 Prozent (-1,9) ungebrochen, trotz deutlicher Verluste für die Union. In den neuen Bundesländern verlor die SPD auf dem flachen Land stärker an die PDS als in den Städten, womit sich das regionale Profil beider Parteien weiter nivellierte. Anders als im Westen finden damit in den neuen Ländern alle Parteien in Stadt und Land etwa gleichen Zuspruch – mit einer Ausnahme: Die Grünen haben in Ost und West ein ausgeprägt städtisches Profil. In Ostberlin, aber auch in Leipzig und Dresden kommen sie auf über acht Prozent, in ländlichen Regionen dagegen nur auf vier Prozent der Zweitstimmen.

3.5. Wählermotive

„Noch nie ist mir die Entscheidung bei einer Bundestagswahl so schwer gefallen wie diesmal" gab fast jeder zweite Wahlberechtigte zehn Tage vor der Wahl zu Protokoll[40]. Die Entscheidungsnöte des Souveräns spiegeln sich in dem sehr hohen Anteil an Wahlberechtigten (18 Prozent) wider, deren Entscheidung noch unmittelbar vor der Wahl völlig offen war. Vor drei Jahren lag der Anteil bei zwölf Prozent.

[40] Infratest dimap, DeutschlandTrend, September II 2005.

Dass es für eine rot-grüne Mehrheit nicht mehr reichen würde, zeichnete sich schon frühzeitig mit der anhaltenden Kritik an der Arbeit der Bundesregierung ab. Bis zur Wahl blieb der Anteil der Unzufriedenen konstant bei rund 75 Prozent und lag damit sogar noch etwas höher als bei der Abwahl der *Kohl*-Regierung (70 Prozent). Begründet wurde der Unmut vor allem mit der Erfolglosigkeit des Kabinetts unter *Schröder* in der Arbeitsmarktpolitik und mit der schlechten wirtschaftlichen Lage, die zunehmend der rot-grünen Koalition angelastet wurde. Bei einer Mehrheit (62 Prozent) setzte sich der Eindruck fest, unter Rot-Grün habe Deutschland an Wettbewerbsfähigkeit eingebüßt und den Anschluss bei den Zukunftstechnologien verloren. Selbst in der eigenen Anhängerschaft haderte knapp die Hälfte mit der Koalition, weil es ihr nicht gelang, die selbst gesteckten wirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Ziele zu ereichen. Angelastet wurde der Regierung – in erster Linie der SPD - auch ein Mangel an Konsequenz und Berechenbarkeit ihrer Politik. Die Abschlussbilanz der *Schröder-Fischer*-Regierung fiel aber keineswegs nur negativ aus. Auf der Habenseite standen vor allem ihre Außen- und Sicherheitspolitik sowie umweltpolitische und gesellschaftspolitische Erfolge. Eine Mehrheit konstatierte, dass Deutschland unter Rot-Grün moderner und offener geworden sei. Aber spätestens als die Arbeitslosenzahl die Fünf-Millionen-Marke überschritt, wurde die kulturelle Dimension, die bei der Bundestagswahl 2002 durch die Elbeflut und die Irakkrise entscheidende Bedeutung erlangt hatte[41], völlig in den Hintergrund gedrängt. Diesmal, so schien es, würde die Wahl von ökonomischen Aspekten dominiert („it´s the economy, stupid“), und hier hatte die Union klar die besseren Karten. Vor allem in der Wirtschafts-, der Arbeitsmarkt- und auch in der Haushaltspolitik wurde ihr eine deutlich höhere Problemlösungskompetenz zugeschrieben als der SPD; in allen drei Politikfeldern hatte sich ihr Kompetenzvorsprung gegenüber 2002 noch deutlich vergrößert (vgl. Tabelle 5).

[41] Zur Bedeutung der kulturellen Dimension im Vergleich zur ökonomischen und sozialen vgl. hierzu *Joachim Raschke* „Rot-grüne Zwischenbilanz“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B40/2004

Tabelle 5: Parteikompetenzen vom September 2005 im Vergleich zu September 2002

Kompetenteste Partei fett gedruckt	SPD	CDU/ CSU	Grüne	FDP	Linke PDS	Keine Partei/ w.n.
Die Wirtschaft voranbringen	29 *-8*	**51** *+5*	2 *+1*	4 *-2*	1 *+1*	13
Arbeitsplätze sichern und neue schaffen	25 *-13*	**45** *+4*	2 *+1*	3 *-1*	2 *+1*	22
Eine gute Bildungspolitik betreiben	*31* *-6*	**43** *+2*	4 *+1*	6 *-1*	5 *+2*	10
Den Wohlstand der Bürger sichern	28 *-9*	**42** *+2*	1 *+1*	6 *±0*	4 *+3*	18
Eine gute Steuerpolitik betreiben	*33* *-9*	**39** *+5*	2 *+1*	6 *-3*	3 *+2*	16
Für soziale Gerechtigkeit sorgen	**45** *-7*	25 *±0*	4 *-1*	4 *±0*	8 *+3*	13

Angaben in Prozent
Vergleich zu September 2002
Quelle: ARD-DeutschlandTREND September 2005

Aber wie schon vor der letzten Bundestagswahl wollte sich auch in dieser Legislaturperiode bei den Wählern zu keinem Zeitpunkt das Zutrauen einstellen, dass ein politischer Machtwechsel die Dinge zum Besseren wenden würde. Unmittelbar vor dem 18. September trauten nur 39 Prozent einer unionsgeführten Regierung zu, mit den anstehenden Problemen besser fertig zu werden als die Amtsinhaber, 51 Prozent bezweifelten dies. Skepsis überwog vor allem bei jenem Problembereich, bei dem neun von zehn von der Politik vordringlich Lösungen fordern: Nur jeder fünfte Wahlberechtigte hielt die Union für fähig, die Arbeitslosigkeit spürbar zu senken. Offenbar war noch bestens in Erinnerung, dass auch die Kabinette unter *Kohl* sich an diesem Problem ziemlich erfolglos abgearbeitet hatten. Einer schwarz-gelben Regierung zugetraut wurde dagegen der erhoffte wirtschaftliche Aufschwung. Viele Wähler glaubten aber nicht, dass sie von einem solchen Aufschwung profitieren würden. Danach befragt, welche Gruppen unter einer Union-FDP-Regierung gewinnen, welche verlieren würden, wurden Unternehmen und Wohlhabende klar auf der Gewinnerseite, Arbeitnehmer, Arbeitslose und Rentner eher auf der Verliererseite vermutet. Der Wunsch nach einem Regierungswechsel wurde zusätzlich dadurch eingetrübt, dass alle im Wahlprogramm der Union aufgeführten Maßnahmen - die Erhöhung der Mehrwertsteuer, die Streichung der Pendlerpauschale und der Sonn- und Feiertagszuschläge, die Stärkung betrieblicher Vereinbarungen gegenüber dem Tarifrecht oder die Gesundheitsprämie – von der großen Mehrheit der Bürger abgelehnt wurden. Unterhalb der Ebene der Sonntagsfrage erwies sich demnach die Stimmung vor der Wahl als reichlich ambivalent.

Den Ausschlag gab letztlich die von *Kirchhof* losgetretene Debatte um die Steuerpolitik und Steuergerechtigkeit. Erst sie machte diese Wahl auch aus Sicht der Bürger zur Richtungswahl. Die Trennlinie der Parteianhängerschaften verdeutlicht besonders eindrucksvoll die Frage nach dem präferierten Gesellschaftsmodell: eine Gesellschaft, in der Leistung mehr zählt, oder eine Gesellschaft, in der Solidarität den höheren Stellenwert hat. Für eine solidarische Gesellschaft sprachen sich acht von zehn Wählern der Linkspartei aus, drei Viertel der Grü-

nen- und zwei Drittel der SPD-Wähler. Umgekehrt legten zwei Drittel der liberalen Wähler den Schwerpunkt eindeutig auf eine Leistungsgesellschaft. Einzig das Unionslager zeigte sich eher gespalten: 46 Prozent plädierten für eine eher leistungsorientierte Gesellschaft, fast ebenso viele (41 Prozent) hielten aber am Solidargedanken fest.[42]

Die Befunde der Wahltagsbefragung von Infratest dimap bestätigen die divergierenden Wahlmotive in den Lagern. Für die Wähler von CDU/CSU und FDP standen wirtschafts-, arbeitsmarkt- und steuerpolitische Erwägungen im Vordergrund, bei den Wählern der anderen drei Parteien dagegen soziale Gesichtspunkte (vgl. Tabelle 6).

Tabelle 6: Wahlmotive bei der Bundestagswahl am 18. September 2005 - Thematische Spaltung der Wähler

	CDU/ CDU	FDP	SPD	Linke. PDS	Grüne
Wirtschaft	53	56	27	23	20
Arbeitsmarkt	42	42	26	42	16
Steuern	24	31	15	17	8
Soziale Gerechtigkeit	17	16	45	59	40

Spaltenprozente; Mehrfachnennungen
Quelle: Wahltagsbefragung von ARD/Infratest dimap

Entlang dieser Dimensionen wurde die Bundestagswahl 2005 entschieden, daran orientierten sich auch die großen Wanderungsströme. Von der SPD enttäuschte Wähler wandten sich der CDU/CSU zu, weil sie sich dort mehr wirtschaftspolitische Kompetenz versprachen, oder sie wählten diesmal die Linkspartei, weil sie die Arbeitsmarktpolitik der SPD für verfehlt hielten und sich dort mehr Einsatz für sozial schwache Bevölkerungsgruppen versprachen. Unionswähler kehrten ihrer Partei aus sehr unterschiedlichen Beweggründen den Rücken: Zur Linkspartei wechselten diejenigen, die mehr soziale Gerechtigkeit verlangten, während die zur FDP abgewanderten Unionswähler vor allem wirtschaftspolitische Erwägungen als Grund für den Wechsel anführten.

Andere Motive hatten bei der Wahl insgesamt nur eine untergeordnete Bedeutung, erwiesen sich aber für das Profil einzelner Parteien als ganz entscheidend. Das gilt vor allem für ökologische Gesichtspunkte, die nach wie vor für die Wähler der Grünen im Vordergrund stehen. Viele Wähler beider Regierungsparteien gaben auch die von *Fischer* und *Schröder* geprägte Außen- und Sicherheitspolitik als ausschlaggebend für ihre Entscheidung an, während diese Aspekte für die Wähler anderer Parteien bei dieser Wahl überhaupt keine Rolle spielten.

Was offerierten aus Sicht der Wähler die Gewinner dieser Wahl, was die beiden Volksparteien diesmal offenbar nicht in ausreichendem Maße anboten? Die PDS wurde in den zurückliegenden Bundestagswahlen vor allem als Vertreterin ostdeutscher Interessen sowie als Anwältin für soziale Gerechtigkeit und für den Weltfrieden ins Parlament entsandt. Eine Lösung der

[42] Bei der Frage „Wofür sollte sich die künftige Regierung einsetzen?“ entschieden sich 63 Prozent der FDP- und 46 Prozent der Unions-Anhänger für die Antwort „für eine Gesellschaft, in der Leistung mehr zählt“, während 82 Prozent der Linkspartei-, 76 der Grünen-, 67 der SPD- und 41 Prozent der Unions-Anhänger die Antwort „für eine Gesellschaft, in der Solidarität mehr zählt“ wählten; ARD-DeutschlandTREND September 2005.

eigentlichen Zukunftsprobleme wurde von ihr nicht erwartet, hier hatten selbst PDS-Wähler früher eher auf die SPD gesetzt. Dies hat sich bei dieser Wahl grundlegend geändert. Zwar trat auch diesmal die Linke ohne Anspruch auf Machtteilhabe an; die um die WASG erweiterte Partei hatte aber erheblich an Profil gewonnen. Nach wie vor lagen ihre Kompetenzschwerpunkte im Eintreten für soziale Gerechtigkeit im Allgemeinen und für die Interessen der Ostdeutschen im Besonderen. Ihre eigene Wählerklientel schrieb ihr diesmal aber auch in den Bereichen Bildungs- und Familien-, in der Renten- und in der Steuerpolitik und selbst bei der Sicherung des materiellen Wohlstands deutlich mehr Kompetenz zu als den anderen. Sie wurde nicht mehr vorwiegend als Protestpartei erfahren, sondern als Partei, die für drängende Probleme Lösungen anbot. Dieser signifikante Kompetenzschub ist untrennbar mit *Oskar Lafontaine* verbunden. Erst als der Ex-SPD-Chef gemeinsam mit *Gregor Gysi* den Zusammenschluss von PDS und WASG betrieb, gewann die neue Linkspartei an Zulauf. Mit seinem überstürzten Rückzug aus der *Schröder*-Regierung hatte *Lafontaine* zwar bei den meisten Wählern seine politische Reputation verloren, bei drei von vier Wählern der Linkspartei genießt er dagegen hohes Ansehen. Als vormaliger Finanzminister und Ministerpräsident gab er den politischen Forderungen der PDS/WASG einen gewissen Realitätsgehalt, als ehemaliger SPD-Chef verlieh er dem Projekt Linkspartei zudem eine gesamtdeutsche Note. Noch ist die Linkspartei aber alles andere als eine geschlossene Einheit, und noch profitiert sie vor allem von der Enttäuschung über die „etablierten“ Parteien, die mehr als die Hälfte ihrer Wähler als Grund für ihre Wahlentscheidung angab. Die Tatsache, dass die Wählerschaft der Linkspartei – in Ost und West - in den allermeisten Fällen Erst- und Zweitstimme der Linke/PDS gab, deutet allerdings auf ein tiefgehendes Zerwürfnis hin, denn in den Jahren zuvor war das Splitten der Stimmen vor allem zugunsten der SPD in PDS-Kreisen weiter verbreitet als bei dieser Wahl.

Das Motivbündel der FDP-Wähler ist schwieriger zu entschlüsseln. Der FDP wird keine Kernkompetenz zugewiesen, die sie von allen anderen Parteien abheben würde, wie dies bei der Linkspartei (soziale Gerechtigkeit) und bei den Grünen (Umweltschutz) der Fall ist. Wegen der programmatischen Nähe zur Union schwanken viele Wähler zwischen beiden Parteien und entscheiden häufig eher nach strategischen Gesichtspunkten. Auch 2005 setzten liberale Wähler in manchen Bereichen ihr Vertrauen eher in die Union (Kriminalitätsbekämpfung, Arbeitsmarktpolitik), in den für die eigene Klientel wichtigeren Politikfeldern gilt die FDP damals wie heute aber als kompetenter, so etwa in der Steuerpolitik und bei der Wohlstandssicherung. Deutliche Kompetenzvorteile gegenüber der Union sehen liberale Wähler bei der FDP in drei wichtigen Bereichen: in der Gesundheitspolitik, der Außenpolitik und auch bei der sozialen Gerechtigkeit – worunter liberal gesinnte Wähler sicherlich anderes verstehen als Anhänger der Linkspartei. Die Attraktivität der FDP erklärt sich vor allem aber daraus, dass sie sich nach Ansicht ihrer Wähler stärker als jede andere Partei für eine Reform des Steuersystems (94 Prozent), für Bürgerrechte (88 Prozent) und für eine Stärkung marktwirtschaftlicher Strukturen (71 Prozent) einsetzt. Für den erhofften Regierungswechsel wurde sie als liberales Gegengewicht für unverzichtbar gehalten – eine Ansicht, die auch 81 Prozent der Unionswähler teilten.

Die Stärkung einer schwarz-gelben Koalition hatten viele unionsgeneigte Wähler im Sinn, als sie sich kurz vor der Wahl in großer Zahl entschieden, nur die Erststimme der CDU oder CSU zu geben, die Zweitstimme aber der FDP. Je länger der Wahlkampf andauerte, desto erstrebenswerter erschien den Anhängern beider bürgerlicher Parteien eine schwarz-gelbe Koalition, desto größer wurde gleichzeitig die Abneigung gegenüber einer Großen Koalition. Am Ende votierten Unions- und FDP-Wähler zu fast 90 Prozent für ein Zusammengehen ihrer Parteien. Da sich auch bei den Regierungsparteien die Reihen immer fester schlossen, wurde es am Ende doch noch ein Lagerwahlkampf, der in einem bislang nicht gekannten Ausmaß

des Stimmensplittings seinen Ausdruck fand. Wer von den Unionsanhängern zur FDP wechselte, tat dies nicht nur aus strategischen, sondern auch aus politischen Gründen: Es war ein Votum für mehr Marktwirtschaft.

3.6. Bedeutung der Spitzenkandidaten

Wohl noch nie zuvor wurde den beiden Spitzenkandidaten von Union und SPD soviel Aufmerksamkeit zuteil wie bei der Bundestagswahl 2005. Ausschlaggebend dafür war die für die Öffentlichkeit und die Medien faszinierende Konstellation: Ein männlicher Amtsinhaber musste sich erstmals gegen eine Frau behaupten. Zumindest in den Medien wurde immer wieder die Frage aufgeworfen, ob die Deutschen eine Frau, die zudem aus den neuen Bundesländern stammt, als Kanzlerin akzeptieren würden.

Die überwältigende Mehrheit (83 Prozent) fand es gut und an der Zeit, dass erstmals eine Frau für das mächtigste Amt im Lande kandidierte; anfänglich erkennbare Vorbehalte bei Männern legten sich, je näher der Wahltermin rückte. Umgekehrt wollten sich aber auch Frauen in ihrer Wahlentscheidung kaum davon leiten lassen, erstmals eine Geschlechtsgenossin in das wichtigste politische Amt wählen zu können: Nur 16 Prozent gaben an, (zumindest auch) deswegen die Unionsparteien zu wählen. Auch bei der Kanzlerpräferenz ist keinerlei Geschlechts- oder Herkunftsbonus bei *Angela Merkel* erkennbar. *Schröder* lag bis zum Schluss bei Männern und Frauen etwa gleichermaßen vor *Merkel*, bei den Ostdeutschen sogar deutlicher als bei den Westdeutschen. Die Bewertung der beiden Kandidaten unterschied sich bei Frauen und Männern nur graduell – *Merkel* kommt bei Frauen durchweg etwas besser weg, ihre Sympathien galten aber eher *Schröder*. Nur in punkto Tatkraft kamen Frauen zu einem von Männern abweichenden Urteil: Auf Männer wirkte *Schröder* tatkräftiger, auf Frauen dagegen *Merkel*. Vergleicht man aber das tatsächliche Wahlverhalten von Frauen und Männern, so sind Veränderungen gegenüber 2002 nicht zu übersehen. Vor drei Jahren votierten Männer mehrheitlich für Union und FDP (48 Prozent) und damit für den Wechsel, die Frauen jedoch noch deutlicher für die rot-grüne Regierung (51 Prozent). Bei der Bundestagswahl 2005 verteilten sich die Stimmen der weiblichen Wähler gleichmäßig über beide Lager (45 beziehungsweise 44), während die Mehrheit der Männer (46) an ihrem Votum für Schwarz-Gelb festhielt. *Merkel* hat zwar als weibliche Kandidatin Frauen nicht stärker angesprochen als Männer, ihr ist es aber offenbar gelungen, Vorbehalte abzubauen, die viele weibliche Wähler 2002 abhielten, die von *Stoiber* geführte Union zu wählen.

Die Bundestagswahl 2005 wurde aber weniger von Personen, sondern in erster Linie von Themen und Inhalten bestimmt. Die Wahltagsbefragung von Infratest dimap belegt, dass der Anteil an Bürgern, die „ihre“ Partei wegen des Spitzenkandidaten beziehungsweise wegen der Spitzenkandidatin wählten, gegenüber 2002 deutlich von 29 Prozent auf 18 Prozent abnahm. Eine weitaus größere Rolle als vor drei Jahren spielten diesmal die Positionen, die die Parteien zu Sachfragen einnahmen: Der Anteil der Wähler, der sich daran orientierte, stieg von 48 auf 58 Prozent. Ein relativer Bedeutungsrückgang des Spitzenkandidaten ist besonders bei der SPD erkennbar. Vor drei Jahren entschied sich eine relative Mehrheit von 42 Prozent der sozialdemokratischen Wähler wegen *Gerhard Schröder* für die SPD, diesmal gaben nur noch 24 Prozent den Spitzenkandidaten als Hauptgrund an, 49 Prozent wählten die SPD vor allem wegen der ihr zugeschriebenen Sachkompetenz (2002: 34 Prozent). Gleichwohl spielte vor allem *Schröder* auch bei dieser Wahl eine zentrale Rolle, nicht weil die Wähler ihn als Person gegenüber *Angela Merkel* so eindeutig bevorzugten, sondern weil er sozialdemokratische Themen besser als andere kommunizierte. Insbesondere nutzte er Steuerdebatte geschickt, um an die Grundüberzeugungen der SPD-Klientel zu appellieren und sie zur Wahl der SPD zu

mobilisieren. Den Sozialdemokraten gelang es, wieder näher an die Union heranzurücken, weil sie es besser als diese verstanden, Spitzenkandidat, Themenmanagement und emotionale Ansprache der Wählerschaft zu kombinieren.

4. Regierungsbildung und Oppositionsformierung

„Das Volk hat 62 Millionen Stimmen, aber es spricht nicht“[43]. Die Botschaft des Wahlergebnisses zu entschlüsseln, stellte die Politiker vor neue Herausforderungen. Letztendlich wurde das Paradoxon, dass die Wähler mehrheitlich *Schröder* als Kanzler behalten, aber eine unionsgeführte Regierung installieren wollten, von den Parteien mit einem weiteren Paradoxon beantwortet: Man einigte sich auf *Merkel* als Kanzlerin einer CDU-geführten Koalition unter paritätischer sozialdemokratischer Beteiligung. Bis es allerdings soweit war, wurden diverse alternative Koalitionsmodelle geprüft und verworfen. Die SPD versuchte Rot-Grün um die FDP zu erweitern, worüber diese aber nicht einmal zu sprechen bereit war. Etwas substanzieller erschienen die Bemühungen der Union, die Grünen für eine („Jamaika-“) Koalition mit der FDP zu gewinnen. Nach einem Sondierungsgespräch wurde dieses Ansinnen von den Grünen mit der Begründung abgelehnt, ihre politischen Positionen seien mit denen der beiden potentiellen Partner nicht vereinbar. Am Ende blieb als ernsthafte Option nur ein Zusammengehen von CDU/CSU mit der SPD, was auch von den Wählern gegenüber den anderen möglichen Alternativen eindeutig präferiert wurde. Voraussetzung dafür war allerdings, dass die SPD die Union als stärkste Partei anerkannte und auf den noch in der Wahlnacht vehement vorgebrachten Anspruch auf Fortsetzung der Kanzlerschaft *Schröders* verzichtete. Nachdem diese für die Sozialdemokraten emotional sehr hohe Hürde überwunden war, begannen beide Partner zügig und bemerkenswert konstruktiv die Koalitionsverhandlungen. Diese schienen kurzfristig noch einmal gefährdet, als SPD-Chef *Franz Müntefering* überraschend sein Amt niederlegte, weil er seinen Kandidaten für den Posten des SPD-Generalsekretärs, *Kajo Wasserhövel*, im Parteivorstand nicht durchsetzen konnte. Daraufhin gab CSU-Chef *Stoiber* bekannt, ebenfalls nicht ins Bundeskabinett wechseln zu wollen – er war als Wirtschaftsminister mit erweiterten Kompetenzen vorgesehen -, da mit dem Rücktritt *Münteferings* die alte Geschäftsgrundlage nicht mehr gegeben sei. Ungeachtet dieser Turbulenzen wurden die Verhandlungen über die „Koalition der Möglichkeiten“ am 21. November, also zwei Monate nach der Wahl, erfolgreich zum Abschluss gebracht.

Die Wahl der Bundeskanzlerin am 22. November war frei von unvorhergesehenen Entwicklungen. Da Union und SPD im 16. Bundestag mit 448 Abgeordneten über 70 Prozent der Mandatsträger stellen und damit deutlich über der erforderlichen Stimmenmehrheit liegen, war die Kanzlerwahl von *Angela Merkel* Formsache. Dennoch wurde das Ergebnis mit Spannung erwartet, weil es als Gradmesser für die Geschlossenheit der Großen Koalition angesehen wurde. *Merkel* wurde im ersten Versuch mit den Stimmen von 397 Abgeordneten zur Bundeskanzlerin gewählt. Unterstellt man, dass sie keine Stimmen der Opposition erhalten hat, verweigerten 51 Parlamentarier der Koalition ihr die Gefolgschaft. Das Resultat wurde von beiden Fraktionsvorsitzenden der Koalition trotz Unterschreitens der 400-Stimmen-Grenze als Erfolg gewertet, denn nie zuvor sei ein Bundeskanzler mit mehr Stimmen gewählt worden[44].

Ebenfalls am 22. November wurde das Bundeskabinett (vgl. Tabelle 7) vereidigt. Neben der Kanzlerin werden 14 Minister und der Kanzleramtschef einen Platz am Kabinettstisch finden.

---

[43] *Frank Drieschner*, in: DIE ZEIT vom 22. September 2005.

[44] Den bisherigen Rekord hielt *Helmut Kohl* (CDU), der 1991 mit 378 Stimmen zum Bundeskanzler gewählt wurde.

Die neue Regierung hat einen Fachminister mehr als während *Schröders* zweiter Amtszeit, da das Ministerium für Wirtschaft und Arbeit wieder aufgeteilt wurde. Das schwarz-rote Kabinett besteht aus acht SPD- und ebenso vielen CDU/CSU-Politikern, davon 10 Männer und 6 Frauen. Die Besetzung der Unions-geführten Ministerien orientierte sich an bewährten bundes- und landespolitischen Kräften – mit einer unvorhergesehenen Personalie: Chef des Bundeskanzleramts und Minister für besondere Aufgaben wurde der sächsische Innenminister *Thomas de Maizière*, der als enger Vertrauter von *Angela Merkel* gilt. Als Bundesinnenminister trat *Wolfgang Schäuble* die Nachfolge von *Otto Schily* (SPD) an. Ursprünglich als Mitglied des Kompetenzteams von *Merkel* für den Bereich Äußeres und Europa vorgesehen, kann *Schäuble* als Innenminister auf Erfahrungen aufbauen, die er von 1989 bis 1991 in gleicher Position unter *Helmut Kohl* gesammelt hat. *Franz Josef Jung*, ein enger Weggefährte des hessischen Ministerpräsidenten *Roland Koch*, folgt *Peter Struck* (SPD) als Verteidigungsminister nach. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend übernahm *Ursula von der Leyen* von *Renate Schmidt* (SPD). Die erst 1990 in die CDU eingetretene siebenfache Mutter war seit 2003 Ministerin in Niedersachsen und verkörpert in der CDU die erfolgreiche Verbindung aus beruflichem Erfolg und Familiensinn. Auch das Ministerium für Bildung und Forschung bekommt mit *Annette Schavan* als Nachfolgerin von *Edelgard Bulmahn* (SPD) eine neue Führung. Die Vertraute *Merkels* ist nach zehnjähriger Tätigkeit als baden-württembergische Kultusministerin Expertin in Sachen Bildungspolitik.
Mit der Leitung des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie wurde nach dem überraschenden Verzicht *Edmund Stoibers* der CSU-Landesgruppenchef *Michael Glos* betraut. Als zweiter CSU-Vertreter zieht *Horst Seehofer* in das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz ein, dem *Renate Künast* (Grüne) vorgestanden hatte.[45] Die Benennung *Seehofers*, die dem CSU-Vorsitzenden *Stoiber* oblag, versuchte *Merkel* bis zuletzt abzuwenden, da *Seehofer* als ausgewiesener Kritiker der Bundeskanzlerin gilt.
Der sozialdemokratische Koalitionspartner setzte bei der Besetzung der ihm zustehenden Posten auf eine Mischung aus Wandel und Kontinuität. In drei Ressorts gab es keine Veränderungen zum *Schröder*-Kabinett: *Brigitte Zypries* übernahm wie in der letzten Legislaturperiode das Justizministerium, *Ulla Schmidt* blieb Gesundheitsministerin und *Heidemarie Wieczorek-Zeul* Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung.

[45] Wenige Wochen hatte Jürgen Trittin es mitgeleitet, da Künast nach der Bundestagswahl den Fraktionsvorsitz von Bündnis 90/Die Grünen übernommen hat.

Tabelle 7: Das Kabinett von Bundeskanzlerin Angela Merkel 2005	
Chef des Bundeskanzleramtes und Minister für besondere Aufgaben	Dr. Thomas de Maizière (CDU)
Bundesminister des Auswärtigen	Dr. Frank-Walter Steinmeier (SPD)
Bundesminister des Innern	Dr. Wolfgang Schäuble (CDU)
Bundesministerin der Justiz	Brigitte Zypries (SPD)
Bundesminister der Finanzen	Peer Steinbrück (SPD)
Bundesminister für Wirtschaft und Technologie	Michael Glos (CSU)
Bundesminister für Arbeit und Soziales	Franz Müntefering (SPD)
Bundesminister für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz	Horst Seehofer (CSU)
Bundesminister der Verteidigung	Dr. Franz Josef Jung (CDU)
Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend	Dr. Ursula von der Leyen (CDU)
Bundesministerin für Gesundheit	Ulla Schmidt (SPD)
Bundesminister für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung	Wolfgang Tiefensee (SPD)
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	Sigmar Gabriel (SPD)
Bundesministerin für Bildung und Forschung	Dr. Annette Schavan (CDU)
Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	Heidemarie Wieczorek-Zeul (SPD)

Zum ersten Mal seit *Willy Brandt*[46] stellt die SPD wieder den Außenminister: Überraschenderweise erhielt *Frank-Walter Steinmeier* dieses Amt. Als ehemaliger Chef des Kanzleramtes gilt er den Sozialdemokraten als Garant für eine Kontinuität der deutschen Außenpolitik im Sinne seines früheren Chefs *Gerhard Schröder* und seines in der Bevölkerung sehr beliebten Vorgängers *Joschka Fischer* (Grüne).
Peer Steinbrück, dessen Abwahl als nordrhein-westfälischer Ministerpräsident letztlich Auslöser der vorgezogenen Bundestagswahl gewesen war, löste *Hans Eichel* ab und kehrt als Bundesfinanzminister in die Politik zurück. Bei der großen Herausforderung der Haushaltskonsolidierung kommen *Steinbrück* langjährige Erfahrungen in Regierungs- und Finanzressorts zu Gute.
Das komplizierte wie herausfordernde Amt des Arbeitsministers übernahm *Franz Müntefering*. Gleichzeitig fungiert er als Vize-Kanzler und verbleibt damit trotz seines Rücktritts als SPD-Vorsitzender in einer zentralen Vermittlerposition zwischen Sozial- und Christdemokraten. *Wolfgang Tiefensee* nahm – anders als 2002 – die Berufung als Bundesminister für Verkehr, Bau- und Stadtentwicklung und damit die Nachfolge von *Manfred Stolpe* (SPD) an. In dem Ministerium des ehemaligen Leipziger Oberbürgermeisters ist auch weiterhin die besondere Zuständigkeit für Ostdeutschland angesiedelt. Mit der Führung des Ministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit wurde *Sigmar Gabriel* betraut, der *Jürgen Trittin* von den Grünen ablöste. Als jüngster Minister im Kabinett kann er auf Regierungserfahrung

[46] Wenn man einmal von *Helmut Schmidt* absieht, der 1982 nach dem Ausscheiden der FDP aus der sozialliberalen Koalition für zwei Wochen das Amt interimistisch übernahm.

als niedersächsischer Ministerpräsident verweisen. Neben *Angela Merkel* und ihren 15 Kabinettsmitgliedern gehören der neuen Regierung 30 Parlamentarische Staatssekretäre an, drei mehr als in der vorigen Legislaturperiode. Dazu kommen 24 Beamtete Staatssekretäre, die Regierungsriege wächst somit auf 70 Personen an.

Auch auf der Parteiebene kam es in Folge der Bundestagswahl zu erheblichen personellen Veränderungen. Bei der CDU behielt *Merkel* ihre Position als Parteivorsitzende, *Volker Kauder* aber gab den Posten des Generalsekretärs auf, um Vorsitzender der Bundestagsfraktion von CDU/CSU zu werden. Als *Kauders* Nachfolger ist *Ronald Pofalla* vorgesehen, der bislang stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion war. In der SPD trat *Matthias Platzeck* die Nachfolge *Münteferings* an, und wurde auf dem Bundesparteitag der SPD am 15. November 2005 mit einem Traumresultat von 99,4 Prozent zum Parteivorsitzenden gewählt. Sein Kandidat für den Posten des Generalsekretärs *Hubertus Heil* erhielt, wenn auch knapp, die erforderliche Mehrheit des Parteitags. *Heil* gehört einer Gruppe von jüngeren, reformorientierten Sozialdemokraten an, den so genannten Netzwerkern. Den Vorsitz der SPD-Bundestagsfraktion übernahm *Peter Struck*, der dieses Amt von 1998 bis 2002 schon einmal innehatte, von *Franz Müntefering*.

Die FDP ging mit demselben Führungspersonal in die kommende Legislaturperiode, mit dem sie auch die letzte bestritten hat: *Guido Westerwelle* als Bundesvorsitzender, *Dirk Niebel* als Generalsekretär und *Wolfgang Gerhardt* als Fraktionsvorsitzender – letzterer soll aber im Laufe der Legislaturperiode dieses Amt an *Westerwelle* übergeben. Am stärksten drehte sich das Personalkarussell bei der Linkspartei und den Grünen. Da die PDS im letzten Bundestag aufgrund von nur zwei Direktmandaten nicht als Fraktion vertreten war, bedurfte es einer Neubesetzung der Fraktionsführung, die *Gregor Gysi* und *Oskar Lafontaine* gemeinsam wahrnehmen werden. Die ehemalige Verbraucherschutzministerin *Renate Künast* und der ehemalige Bundesvorsitzende *Fritz Kuhn* bilden das neue Duo an der Spitze der Bundestagsfraktion der Grünen. Sie folgten auf *Katrin Göring-Eckardt* und *Krista Sager*. Der Parteivorsitz verblieb bei *Claudia Roth* und *Reinhard Bütikofer*.

5. Zusammenfassung

(1) Bei der Bundestagswahl 2005 setzt sich der Trend zu steigender Volatilität fort: Die Wähler entscheiden sich immer später, nehmen immer häufiger die Möglichkeit des Stimmensplittings wahr, wechseln öfter die Parteipräferenz bzw. bleiben der Bundestagswahl häufiger fern – noch nie war die Wahlbeteiligung bei einer Bundestagswahl niedriger als bei der Wahl am 18. September 2005.

(2) Die Wähler entzogen der rot-grünen Koalition nach der zweiten Amtsperiode klar das Vertrauen, sie verwehrten aber fast ebenso eindeutig Union und FDP eine regierungsfähige Mehrheit. Die CDU/CSU erreichte 35,2 Prozent der Stimmen (-3,3 Prozentpunkte gegenüber 2002), die SPD 34,2 (-4,3). Drittstärkste Partei wurde die FDP mit 9,8 Prozent (+2,4). Es folgen die Linke/PDS mit 8,7 Prozent (+4,7) und Bündnis 90/Die Grünen mit 8,1 (-0,5).

(3) SPD und Grüne haben diese Wahl verloren, weil ihre Wähler vom Kurs der Bundesregierung nicht mehr überzeugt und große Teile der SPD-Klientel mit der Politik ihrer Partei sogar ausgesprochen unzufrieden waren. *Schröders* Reformagenda stieß auf große Vorbehalte, die wegen ausbleibender Erfolge nicht ausgeräumt werden konnten.

(4) Union und FDP haben die Wahl nicht gewonnen, weil ihnen zu viele Wähler nicht zutrauten, die anstehenden Probleme besser lösen zu können als SPD und Grüne. Vor allem die Union schnitt wider Erwarten schlecht ab, weil sie enttäuschte SPD-Wähler mit ihrem Programm nicht dauerhaft binden konnte. Die von ihrem designierten Finanzminister *Paul Kirchhof* ausgelösten Irritationen über das Steuerkonzept der Union verunsicherten Teile der eigenen Wählerschaft und trugen dazu bei, dass einige Wähler zur Linkspartei beziehungsweise ins Nichtwählerlager abwanderten, andere sich kurzfristig für die Liberalen entschieden, was zu einer Stärkung der FDP führte.

(5) Beide Volksparteien gingen letztlich als klare Verlierer aus der Wahl hervor, selbst bei ihren traditionellen Wählergruppen fehlte es an Unterstützung. So kam die SPD nur noch bei den organisierten Arbeitern auf knapp über 50 Prozent der Zweitstimmen, die Union schaffte dies nicht einmal mehr bei ihrer Kernwählerschaft, den katholischen Wählern. Den Volksparteien gelang es nur unzureichend, mit ihren Politikangeboten breite Bevölkerungsschichten zu integrieren. Dies wurde insbesondere bei der in dieser Wahl entscheidenden Frage der künftigen Gestaltung der Sozialsysteme und der Zukunft der Solidargesellschaft deutlich. Vor allem Personengruppen, für die diese Themen von besonderer Bedeutung sind – Niedrigeinkommensbezieher, Arbeiter, Arbeitslose -, wandten sich in großer Zahl von den beiden Volksparteien ab, weil sie deren Lösungskonzepten nicht mehr vertrauten.

(6) Gewinner waren die zwei Parteien, die im Widerstreit der Reformansätze die beiden Extrempositionen einnahmen: Die FDP, die für eine Beschränkung staatlicher Eingriffe und für mehr Eigenverantwortung bei der privaten Vorsorge eintrat, punktete vor allem bei Selbstständigen und Besserverdienenden. Die um die WASG erweiterte PDS, der die von Bundeskanzler *Schröder* eingeleiteten Reformen zu weit gingen und die für mehr staatliche Einflussnahme und stärkere Belastungen der höheren Einkommensgruppen stritt, gewann mit *Lafontaine* und *Gysi* an der Spitze deutlich an politischem Profil und damit auch an Wählerzuspruch vor allem bei Arbeitern und Arbeitslosen.

(7) Wäre es nur nach der Präferenz der Spitzenkandidaten gegangen, wäre wiederum *Gerhard Schröder* als Wahlsieger hervorgegangen, denn eine Mehrheit – wenn auch nicht eine ganz so deutliche wie vor drei Jahren – hätte nach wie vor ihn lieber als Kanzler gesehen als *Angela Merkel*. Bei dieser Wahl standen aber für Wähler aller Parteien eindeutig die Sachthemen und die Lösungskompetenzen der Parteien im Vordergrund. Im Wahlkampf gelang es der SPD und *Schröder* besser als der Union, die für ihre Wählerklientel wichtigen Themen zu kommunizieren, den knappen Wahlsieg der Union konnten sie gleichwohl nicht verhindern.

(8) Regional bleibt das Wahlgebiet dreigeteilt. Im katholisch geprägten Süden blieb die Union stärkste Kraft, was sie ansonsten bei dieser Wahl nur noch in Sachsen schaffte. Im Osten hat sie ungeachtet dessen weiter an Boden verloren, und ist in manchen neuen Bundesländern nur noch drittstärkste Partei hinter der Linkspartei. Diese erzielte in den neuen Ländern ihr bestes Ergebnis seit der Vereinigung, hat sich durch das Zusammengehen mit der WASG aber auch in den alten Bundesländern als ernstzunehmende Kraft etabliert. Stärkste Kraft im Osten blieb aber, trotz großer Verluste in Richtung Linke, die SPD. Dies gelang ihr auch im Nordwesten, wo sie durchweg auf mehr Stimmen kam als die CDU. Insgesamt wurde die SPD in elf Ländern stärkste Partei, CDU/CSU nur in vier. FDP und Grüne behielten, trotz leichter Zugewinne im Osten, ihren Schwerpunkt in den alten Bundesländern, wo sie vor allem in den Großstädten und den Universitätsstädten punkteten.

(9) Die Stärkung der kleinen Parteien bedeutete auch eine Verfestigung des Fünf-Parteien-Systems, das seit der deutschen Einheit den Bundestag kennzeichnet. Da die Linkspartei, mit der alle anderen eine Koalition ausschlossen, ihren Stimmenanteil verdoppelte und die Zahl ihrer Sitze vervielfachte, verfügten am Ende weder Rot-Grün noch Schwarz-Gelb über eine regierungsfähige Mehrheit. Weil sich gleichzeitig durch die Wahl die Lagergrenzen eher noch verfestigten und weder die FDP noch die Grünen zu einem „Übertritt" in eine Dreier-Koalition bereit waren, blieb am Ende nur die Bildung einer Koalition der beiden Volksparteien unter der Führung von *Angela Merkel* als erster Kanzlerin und *Franz Müntefering* als Vizekanzler. Bei einem Fünf-Parteien-System dürften andere Zweierkoalitionen künftig rechnerisch immer schwieriger werden. Von allen Parteien ist deshalb ein höheres Maß an programmatischer Flexibilität gefordert, um künftig in Deutschland auch auf Bundesebene Dreierbündnisse zu ermöglichen.